

Einzelpreis 70 Heller.

Redaktion und Verwaltung:  
Prag, II. ... 32.

Telephone:  
Tagesredaktion: 610  
Nachredaktion: 6797.

Postfachamt: 57544.

Inserate werden laut Tarif  
billigst berechnet. Bei öfteren  
Einschaltungen Preisnachlaß.

# Sozialdemokrat

Zentralorgan der Deutschen Sozialdemokratischen Arbeiterpartei  
in der tschechoslowakischen Republik.

Bezugs-Bedingungen:

Bei Zustellung ins Haus oder  
bei Bezug durch die Post:  
monatlich . . . . . Ks 16.—  
vierteljährlich . . . . . 48.—  
halbjährlich . . . . . 96.—  
jährlich . . . . . 192.—

Rückstellung von Manu-  
skripten erfolgt nur bei Ein-  
sendung der Retourmarken.

Erscheint mit Ausnahme  
des Montag täglich früh

3. Jahrgang.

Freitag, 26. Oktober 1923.

Nr. 250.

## Wie hilft man den deutschen Arbeitern?

Es wäre in der unendlichen Garnitur der kommunistischen Parolen eine Lücke zu verzeichnen gewesen, wenn die Kommunisten nicht auch eine solche geschmiedet hätten, welche die Arbeiter zu dem Glauben verlocken soll, sie, die Kommunisten, hätten das beste Rezept entdeckt, der deutschen Arbeiterschaft zu helfen. Seit einer Woche tun sie sehr geschäftig. In Kladno hat eine kommunistische Reichskonferenz getagt, in Prag eine Versammlung, in der Dr. Smeral sprach. Beide Tagungen haben sich mit der Stellungnahme zu den reichsdeutschen Verhältnissen beschäftigt. Von Kladno aus wurde ein fettgedruckter, aufgeregter Aufruf — der hunderttausendste! — in die Welt geschickt und zugleich ist von Moskau aus ein Aufruf an die Arbeiter aller Länder gesandt worden, die aber besseres zu tun haben, als sich um die stilistischen Uebungen der Moskauer Päpste zu kümmern. Wieder einmal scheint, um uns der kommunistischen Terminologie zu bedienen, die „zwölfte Stunde“ gekommen zu sein, diesmal, nach Moskauer Weisungen, in Deutschland, und nun wird auch das Proletariat der Tschechoslowakei aufgerufen, der — „deutschen Revolution“ zu „helfen“. In den Reden und Aufrufen der Kommunisten wird nicht eine einzige Idee, Tat oder Aktion empfohlen, die nicht schon längst für die sozialdemokratischen Parteien eine Selbstverständlichkeit wäre, aber sie machen damit kein solches Geschrei wie die Kommunisten, die täglich wie die Berjerker schreien müssen, damit man nicht an sie vergesse, und die darum auch jetzt platte Selbstverständlichkeiten mit aufgeregtem Getöse ausposaunen, als hätten sie das Pulver erfunden.

Was also ist geschehen, daß die Kommunisten das Proletariat — zum tausendstenmale! — auf die Schanzen rufen? Der „deutschen Revolution“ muß „zu Hilfe“ gerufen werden! Ja, welcher „deutschen Revolution“ denn? Ein Blick auf die Verhältnisse in Deutschland lehrt wohl, daß dort die sehr ernste Gefahr einer Revolution besteht: der Revolution der Rechtsradikalen, der Sakenkreuzler und Monarchisten. Diese „deutsche Revolution“ ist doch wohl kaum von den Kommunisten gemeint! Aber vielleicht findet man sich zurecht, wenn man sich erinnert, daß zugleich mit der Veröffentlichung des Moskauer Aufrufes, der die Aufforderung zur Hilfsbereitschaft der „Arbeiter aller Länder“ enthält, in Hamburg und einigen anderen Städten kommunistische Rutschke ausbrachen, die allerdings seither sämtlich blutig unterdrückt wurden. Das gleichzeitigige Zusammentreffen des Moskauer Aufrufes, der Aufforderung unserer p. t. Kommunisten und der wenn auch nur vereinzelt kommunistischen Rutschaktionen in Deutschland, ist ohne Zweifel kein zufälliges. Es ist nicht lange her, daß die Kommunisten die Rutschaktion abschworen, weil sie selber in einem leichten Augenblicke erkannten, daß sie damit nur nutzlose Opfer der Arbeiterschaft häufen und der Reaktion Helfersdienste leisten. Der Hunger und die Verzweiflung der Volksmassen in Deutschland hat in Moskau offenbar eine neue Wendung zurück zu den alten abgebrauchten Methoden herbeigeführt. Man hofft dort, daß jetzt doch vielleicht, da die Not in Deutschland die Massen auf die Straße treibt, die Zeit für „Aktionen“ zur Bolschewisierung Deutschlands gekommen ist. Das nennen dann unsere Moskaujünger die „deutsche Revolution“, wobei sie glauben, auch die übrige Welt wäre blind und töricht genug, zu übersehen, daß durch diese Revolutionserei die wirkliche deutsche Revolution, die vom deutschnationalen Bürgertum droht, nur eine Stärkung erfährt, die der deutschen Arbeiterschaft schwersten Schaden zu bringen geeignet ist.

Die deutschnationalen Faschisten in Deutschland müßten den Kommunisten für diese werktätige Hilfe dankbar sein und sie hätten auch

## Feuerungsunruhen in ganz Deutschland. hundert Blutopfer. — Hungerrevolten im Ruhrgebiet.

Hamburg, 24. Oktober. (Wolff.) Im Verlaufe der Säuberungsaktion der Hamburger Stadtteile Schiffbek und Bergedorf wurden etwa 100 Personen festgenommen. Nach einer Meldung des „Volksanzeiger“ aus Hamburg beträgt bisher, wie festgestellt wurde, die Zahl der bei den Unruhen Getöteten 24, darunter 11 Polizeibeamte, und die der Verwundeten über 250.

In Braunschweig haben die Unruhen und Plünderungen angehalten. Es kam zu ersten Zusammenstößen zwischen der Polizei und der Menge, wobei erstere zwei Verletzte hatte. Die Polizei ist bisher Herr der Lage. 250 Personen wurden verhaftet.

In Altona überraschte die städtische Polizei drei geheime Kommunistenversammlungen und nahm sämtliche Teilnehmer fest. Wie die „Boschische Zeitung“ aus Essen meldet, ist es gestern auch im Ruhrgebiete zu Unruhen, Feuerungsdemonstrationen und Plünderungen gekommen. Mehrere Lebensmittelgeschäfte und Lastkraftwagen mit Lebensmittel wurden von der Menge ausgeraubt.

Auch in Gelsenkirchen und Umgebung ist es den ganzen Tag über an verschiedenen Stellen zu Plünderungen gekommen. Die alarmierte Polizei mußte mehrfach von der Schusswaffe Gebrauch machen. Gegen Abend war sie überall „Herr der Lage“.

Auf dem Bahnhof Katernberg-Nord wurde beim Plündern von Zügen mit Kartoffeln von der einschreitenden Polizei ein Mann ge-

tötet. Die Unruhen stehen im ursächlichen Zusammenhang mit den Massenentlassungen und den umfangreichen Betriebsstilllegungen, die in den letzten Tagen von den Zechen und Werken vorgenommen wurden.

Berlin, 25. Oktober. (Eigenbericht.) Die Lage im Ruhrgebiet ist sehr bedrohlich; nachdem die Düsseldorf Verhandlungen ergebnislos verlaufen sind, will man kommenden Montag alle Kohlenzechen sperren. Schon jetzt werden aus fast allen Orten Hungerrevolten gemeldet; die Felder werden geplündert, alleinsetzende Bauerngehöfte überfallen und das Vieh aus den Ställen getrieben. Die Polizei ist nicht stark genug, um die vielen dunklen Elemente, die bei diesen Unruhen aufzutauchen, Herr zu werden. Zu wiederholten schweren Zusammenstößen kam es in Bochum; die Polizei machte von der Waffe Gebrauch, wobei es zwei Tote und 19 Verletzte gab.

Kiel, 25. Oktober. (Wolff.) Bei den gestrigen Zusammenstößen mit der Polizei wurde ein Arbeiter getötet, 20 Personen verletzt und 74 festgenommen; von den Polizeibeamten wurden sechs verletzt.

Fulda, 25. Oktober. (Wolff.) In der Stadt kam es gestern zu größeren Unruhen. Ein Warenhaus wurde geplündert und verschiedene kleine Geschäfte ausgeraubt. Da die Polizei nicht ausreichte, mußte Reichswehr eingesetzt werden. Bei dem Zusammenstoß wurde ein Zivilist getötet und mehrere Plünderer festgenommen.

## Rahr, der Verfassungstürmer.

Berlin, 25. Oktober. Die Telegrafeneinrichtung berichtet aus München, daß Generalstaatskommissar von Rahr auf die Frage eines hervorragenden Politikers, wie er sich persönlich die Lösung des Konfliktes zwischen Bayern und dem Reiche vorstelle, erklärt habe:

Mit einer Reichsregierung, die einen Dr. Feigler weiter amtiert läßt, ist eine gedeihliche Lösung nicht zu erreichen. Man gebe den Bundesstaaten wieder was den Bundesstaaten gebührt und dem Reiche, was dem Reiche gebührt. Be-

sonst alle Ursache dazu. Um was geht es in der drohenden „deutschen Revolution“? Die Rechtsradikalen rufen nach der Diktatur und kämpfen gegen den Parlamentarismus. Das Ziel ist klar: Demokratie und Parlamentarismus sollen beseitigt werden, weil die nationale Bourgeoisie in ihnen das Mittel erblickt, durch welches die Arbeiterklasse sich Einfluß im Staate errungen hat. Das Proletariat soll dieses Mittel, durch das es bisher, wenn auch nicht immer in gleichem Maße, seinen Willen zur Geltung bringen konnte, beraubt, recht- und wehrlos gemacht werden. Dieses Ziel zu erreichen, helfen die Kommunisten wacker mit, indem auch sie den Kampf gegen Demokratie und Parlamentarismus führen und die Diktatur propagieren. Dabei verfahren die Kommunisten durchaus nicht konsequent; denn in Sachen und Thüringen haben sie gemeinsam mit den Sozialdemokraten Regierungen gebildet und somit auf parlamentarischem Boden Regierungsverantwortung übernommen. Hier akzeptieren sie also aus Besorgnis vor einem Frontalangriff der deutschnationalen Reaktion gegen die Demokratie und Republik ein politisches Prinzip, das sie auf der anderen Seite zu untergraben bestrebt sind. So sieht die Hilfe aus, welche die Kommunisten der deutschen Arbeiterschaft in dieser Zeit der Gefahr und schwersten Not leisten!

Und wie ist es mit dieser großmäulig angekündigten „Hilfe“ für die deutsche Revolution“ hier bestellt? Der Reichsberger „Vorwärts“ beruhigt seine Mannen: „Es ist klar, daß wir jetzt nicht nach Deutschland auswandern können, um dort mit den deutschen Arbeitern gemeinsam zu kämpfen.“ Warum nicht? Was hindert die Kommunisten daran, die es doch — mit dem Munde — allen anderen anbietet? Also was soll geschehen? Hören wir: „Was die deutsche Revolution (wo

freien wir das Eigenleben der deutschen Länder von den erstickenden Fesseln, in die sie der marxistische Unitarismus gebracht hat.

Der „Vorwärts“ erklärt, daß diese Antwort eine von allen Pfaffen und Schwülste freie, eindeutige Kriegserklärung an die jetzige Regierung sei. Auch das „Tagblatt“ meint, daß die Erklärung Rahr's nichts anderes als die Forderung auf einen Sturz der Reichsregierung und auf die Beseitigung der Weimarer Verfassung sei.

ist sie denn? (Anm. d. Red.) von uns fordert, das ist in allererster Linie die Rückendeckung gegen das Eingreifen der tschechoslowakischen Regierung.“ Ja, wo besteht denn die unmittelbare Gefahr eines solchen „Eingreifens“? Vorläufig ist doch nicht einmal die „deutsche Revolution“, von der die Kommunisten sagen, da, dagegen wohl die Gefahr einer faschistischen Revolution. Man erinnert sich da an das hysterische Geschrei, das bis noch vor kurzem, mindestens viermal im Monat die Kommunisten erhoben, die Tschechoslowakei wolle in Sowjetrußland „einmarschieren“, wobei sie jedesmal die Arbeiter aufriefen, die „Rückendeckung“ für das „bedrohte Sowjetrußland“ zu bilden. Jetzt, da ihnen eine andere Parole mangelt, schreiben die Kommunisten über die „bedrohte deutsche Revolution“, obwohl von dieser Revolution, außer den paar trivialen kommunistischen Rutschaktionen in Deutschland keine Spur zu sehen ist. — Was die Herren Kommunisten wollen? Es ist nur zu deutlich. Erstens: künstliche Erregung in die Arbeitermassen tragen, um im Trüben für ihre abgetastete Heilslehre Proselyten zu werben, und zweitens: durch ihr sinn- und hirnloses Geschrei sich den Arbeitern als die einzig wahren Retter zu empfehlen. Es bedurfte wahrlich nicht erst des radikalen Getües der Moskaujünger, um die Sozialdemokratie der Tschechoslowakei zu bestimmen, gegen jede Interventionspolitik ihrer Regierung in schärfster Opposition zu stehen. Der Beweis dafür würde gründlich erbracht werden, obwohl sie es verschmäht, damit politische Geschäfte zu machen, wie dies die Kommunisten zu tun suchen.

Will man daher auf die Frage, wie die Kommunisten den deutschen Arbeitern helfen, die Antwort geben, so kann es nur die folgende sein: mit dem Munde!

## Rund um die ungarische Anleihe.

Die Entdeckung, die Herr Benes in Genf gemacht hat, daß Graf Bethlen ja gar kein so übler Partner und sozusagen ein liberaler Politiker ist, der nur durch irgendwelche geheimnisvolle Einflüsse daran gehindert wird, seine menschenfreundliche Gesinnungen in politische Taten umzusetzen, wirkt sich allmählich in der tschechischen Regierungspresse verschiedener Schattierungen aus. Es entsteht da schon langsam ein Bild eines neuen Ungarn, das sich von den kriegerischen und weichterroristischen Methoden, Gedankengängen und Handlungen der Konterrevolution abwendet und halbwegs zivilisierte Zustände schafft. Graf Bethlen erscheint da als der Mann, der sich nun eudämonisch von den wilden Männern des weißen Kurzes getrennt hat, als ein Mann, der aufrichtig und zielbewußt daran arbeitet, um Ungarn ein etwas brüchigen Gemeinschaft der mitteleuropäischen Staaten einzufügen und in Ungarn geordnete Zustände schaffen will. Worauf und auf welche Handlungen insbesondere dieses neue Porträt des mit allen Salben geschmierten ungarischen Politikers aufgebaut ist, ist aber mit der peinlichsten Sorgfalt nicht zu ermitteln, denn in Ungarn hat sich in den letzten Monaten nichts, aber gar nichts geändert. Während in einem Teile der ausländischen Presse, zu der auch die tschechische Regierungspresse gehört, dieser neue Graf Bethlen und die von ihm eingeleitete neue Politik einem p. l. Publikum vorgestellt wird, führt die ungarische Presse eine ganz andere Sprache. Wir sprechen da nicht von der sozialdemokratischen Presse, sondern der Presse und von den Parteien des sogenannten goldenen Mittelweges, von den Parteien, die eine sehr gemäßigte politische Auffassung vertreten und sich mit sehr geringen Änderungen des konterrevolutionären Kurzes zufriedengeben möchten. Die gesamte ungarische Öffentlichkeit ist darin eines Sinnes, daß der Kurs Bethlen noch Genf kein anderer geworden ist, als er vor Genf war und wenn jemand in Genf über den Vögel barbiert wurde, dann ist dies gewiß nicht der Graf Bethlen. Die einzige Änderung in der ungarischen Politik besteht darin, daß die sogenannten Rassenhüter aus der Regierungspartei ausgetreten sind und dadurch die Legende zerstückelt wurde, als ob es nur sie gewesen wären, die die konterrevolutionären „Erzengnisse“ schufen und die Regierung zu ihrer Aufrechterhaltung zwingen. Es hat sich vielmehr gezeigt, daß entweder diese Gruppe auch außerhalb der Regierung in der Lage ist, die Regierung zu kontrollieren, oder aber, daß es einer solchen Kontrolle gar nicht bedarf, daß Bethlen vielleicht weniger geräuschvoll und auffallend, aber im Grunde dieselbe Politik macht, wie die Rassenhüter unter der Führung des Gömbös.

Was tat Graf Bethlen nach seiner Rückkehr aus Genf? Vor allem ging er für zehn Tage auf die Jagd auf die Güter eines Grafen Karolyi und von dort zurückgekehrt schickte er die Nationalversammlung, in der man ihm immerhin einige verhängliche Fragen hätte stellen können, auf Urlaub. Dann veränderte er in einer Volksversammlung in Szolnok, daß es ihm gar nicht beifalle, den Kurs der Regierungspolitik durch die Einbeziehung der gemäßigten liberalen Opposition — man muß sich immer vergegenwärtigen, was man in Ungarn Liberalismus nennt, wo Graf Stefan Tisza als Muster eines liberalen Politikers gilt! — zu ändern und riefte nur an diejenige Gruppe der parteilosen Abgeordneten die Aufforderung in seine Regierungspartei einzutreten, denen in sozialpolitischen Fragen sogar die Politik Bethlens nicht genügend reaktionär erscheint. Diese parteilosen Abgeordneten sind die politischen Agenten der legitimistischen Aristokraten und sie sind dem Rufe Bethlens nur aus dem Grunde nicht gefolgt, weil sie die Regierungspartei noch immer zu demokratisch, noch immer zu sehr unter häuerlichem Einfluß stehend betrachten und Bethlens Einladung verweigerte eben den Zweck, die letzten Reste des Einflusses der Bauern durch diesen Zuwachs zu beseitigen und so eine reine Partei des feudalen Großgrundbesitzes zu begründen. Dann schloß er ein Bündnis mit der den Budapest Gemeinderat beherrschenden Partei des Karl Wolff, die an wüstem Antifaschismus sogar die Gömbösgruppe übertrifft und gegen deren Kommunalpolitik sogar die regierungsfremden Budapest bürgerlichen Gemeindeparteien so erbittert sind, daß sie vor einigen Monaten ihre Gemeindeforderungen niedergelegt haben, so daß die Angelegenheiten der Budapest Kommune durch eine Klumpfortsetzung geleitet werden. Bevor Graf



Verhien nach Genf fuhr, erklärte er in einer vertraulichen Besprechung, zu der die Obmänner der oppositionellen Abgeordneten beigezogen waren, daß er den Verein der Erwachenden Ungarn auflösen lassen werde, wie dies der Abgeordnete Peidel in seinem Rechenschaftsbericht in Szegedin dieser Tage berichtete. In Genf ist er aber, vielleicht von Beneß betrogen worden, daß er sich damit nicht spezieren müsse und so ist auch alles beim alten geblieben. Der Minister des Innern Kolowzky gab eine Verordnung heraus, mit der er eine der gefährlichsten konterrevolutionären Organisationen, den „Verein der Beauftragten der Staatssicherheit“ auflöste. Das ist eine Vereinigung, die in einem jeden Hause Budapests Beauftragte und Wachenlager besitzt, eine richtige Öhrana, die zehntausende unschuldiger Menschen denunziert und tausende ins Gefängnis oder in das Internierungslager von Soloferszeg verbannen ließ. Nach einigen Tagen verkündete die Zeitung des Vereines, daß sie den neuen Verhältnissen angepaßt, ihre Tätigkeit fortsetzen werde! Der gewesene Polizeichef Budapests, Matyasovszky gab wieder die Erklärung ab, daß die Polizei alle Morde der Konterrevolution restlos aufgeforscht, die Täter festgestellt hat, daß aber eine „andere Behörde“ das Gerichtsverfahren niederschlug und er richtete an die Staatsanwaltschaft die Aufforderung, ihre Pflicht zu tun. Es geschah aber gar nichts und die „andere Behörde“ — das ist die Nebenregierung, die im Einverständnis mit dem Grafen Verhien die eigentliche Regierungsgewalt ausübt, nahm sich nicht einmal die Mühe, dieser Behauptung des Polizeichefs entgegenzutreten und Graf Verhien sah sich nicht einmal bemüht, zu erklären, daß außer der „gesetzmäßigen“ Regierung keine andere „Behörde“ gibt, die über Gerichte, Verwaltung und die bewaffnete Macht verfüge! Es wurde durch den ausländischen Honorarnachrichtendienst verbreitet, daß die Regierung alle Beamten angewiesen hat, aus den geheimen Vereinen auszutreten, deren Mitglieder einen Eid abgelegt haben, daß sie die Befehle des Vereines sogar über die Befehle der Staatsmacht stellen und vor allem zu erfüllen haben. Nach drei Wochen, nachdem diese angebliche Verordnung herausgegeben wurde, teilte der legitime Abgeordnete Ludwig Zylaghi mit, daß er im Besitze einwandfreien Materials ist, das beweist, daß diese Verordnung an die Provinzbehörden nicht zugestellt wurde und daß die Beamten, auch die Richter, noch Mitglieder dieser über den Staat stehenden Organisation sind. Daß an dem Numerus clausus, an dem schändlichen Internierungssystem nichts geändert wurde, daß die Detachements auch weiter staatliche Unterstützungen beziehen, braucht nicht besonders gesagt zu werden.

Wie es unter solchen Umständen auch außerhalb Ungarns möglich ist, der Welt vorzuschwindeln, daß heute in Ungarn ein anderer politischer Kurs herrscht oder auch nur, daß der Übergang zu einem solchen vorbereitet wird, bleibt ein Rätsel, dessen Erklärung nicht in Ungarn gesucht werden kann. Statt daß Herr Beneß die ihm untertane Presse anweist, diesen Schwindel mitzumachen und dadurch das Ansehen des Galgenurtes stärkt, wäre es vielleicht viel richtiger, wenn wenigstens Herr Beneß der Öffentlichkeit seinen Wein einschenken würde. Um ihm dies zu erleichtern, möchten wir an ihn einige ganz klare Fragen stellen:

Ist es richtig, daß anlässlich seines früheren Besuches in London Lord Curzon ihm erklärt habe, daß es die englische Regierung als einen unfreundlichen Akt betrachten würde, wenn sich die kleine Entente der Aufhebung der Generalpfandrechte auf ungarisches Staatsvermögen widersetzen und so die ungarische Anleihe verhindern würde?

Ist es richtig, daß des weiteren Lord Curzon Herrn Beneß erklärt habe, daß die englische Regierung solange keine scheidende Anleihe auf dem britischen Geldmarkte zulassen werde, bis die ungarische Anleihefrage nicht bereinigt wird?

Ist es richtig, daß die französische Regierung

es ihm auch zu verstehen gab, daß sie zwar zum letzten Male im Mai, durch ihre Stimme in der Reparationskommission die ungarische Anleihe verhindert habe, daß sie aber eine ähnliche Entscheidung noch einmal herbeizuführen nicht imstande sei?

Wie diesen Argumenten weist nämlich Graf Verhien jede Zumutung, den inneren Kurs in Ungarn zu ändern, entschieden zurück und ver-

breitet die Auffassung, daß die Unterstützung der britischen Regierung ihm es gestatten werde, ohne an dem konterrevolutionären Kurs etwas zu ändern, zu der Anleihe zu gelangen. Es wäre viel richtiger, wenn Herr Beneß diese Tatsachen, wenn sie richtig sind, offen zugeben würde, als daß er jetzt den ausfischlosen und nicht eben würdigen Versuch unternimmt, Horthys und Verhien's Rohrenwölche zu waschen. . . .

## Neue Vorstöße der Separatisten.

### Unter dem Protektorate der Belgier.

Berlin, 25. Oktober. Im Rheinland haben an zahlreichen Stellen die Separatisten neue Angriffe eröffnet. Besonders heftig waren sie in Arefeld, wo die Separatisten mit Handgranaten das Rathaus angriffen und schwere Zerstörungen anrichteten. Die deutsche Polizei verteidigte sich, bis sie keine Munition mehr hatte. In Aachen waren die Separatisten in ihrem letzten Zufluchtsort im Regierungsgebäude eingeschlossen. Im Laufe des Nachmittags sind aber von auswärts herbeigekommene Separatistenscharen eingetroffen. Hier wie in Arefeld haben die bisherigen Kämpfe viel Blut gekostet. In Trier sind die Separatisten zu neuen Angriffen übergegangen und haben zwei deutsche Zeitungsdruckereien zerstört. Es gab einen Toten und Verwundete. Französische Patrouillen durchziehen die Stadt. In Düren zerstörten die Separatisten das Haus des Bürgermeisters und verhafteten ihn. In München-Glabbech kam es zu Kämpfen, bei denen der Führer der Separatisten getötet wurde. Eine von den Arbeitern gebildete Sicherheitswehr wurde von den Belgiern entworfen und nach Aachen transportiert. In Bonn halten die Separatisten, die von den Franzosen die ihnen gestern abgenommenen Waffen wieder erhalten hatten, das Rathaus besetzt. Vom mittleren Rhein werden separatistische Mißerfolge gemeldet. In Mainz wurden die Separatisten hinausgedrängt. Bei den Kämpfen gab es hier fünf Tote. In Wiesbaden sind die Angehörigen der Gaswerke und der Straßenbahn in

den Streit getreten. Der Umschwung in Aachen ist durch die gänzlich veränderte Haltung der Belgier hervorgerufen worden, die jetzt wieder die Separatisten unterstützen. Belgische Truppen haben den Platz vor dem Regierungsgebäude, in dem sich der letzte Rest der Separatisten hielt, besetzt und unter ihrem Schutze gelang es, die Eingeschlossenen mit Waffen zu versorgen. Es sind jetzt 400 gutbewaffnete Separatisten im Gebäude. Gleichzeitig wurde der deutschen Polizei verboten, von der Schußwaffe Gebrauch zu machen. Die technische Hochschule in Aachen wurde von den Belgiern geschlossen mit der Begründung, daß sich die Studenten an den Unruhen beteiligten. Die Separatisten, die gestern das Rathaus in Duisburg besetzt und die rheinische Republik proklamiert hatten, wurden heute von der Volksmenge aus dem Rathaus hinausgeworfen und verprügelt. Die belgischen Truppen griffen dann ein und drängten die Volksmassen vom Rathausplatz ab, worauf sich die Separatisten zurückzogen. Heute nachmittag sind unter dem Schutze der Belgier die Separatisten wieder in das Rathaus eingedrungen.

Brüssel, 25. Oktober. (Savas.) Aus Aachen wird gemeldet, daß die Schutzpolizei einen Angriff auf das Regierungsgebäude unternommen hat, der aber mit großen Verlusten zurückgeschlagen wurde. Fünf Polizisten und zwei Separatisten wurden getötet, viele verwundet. Die Schutzpolizei wandte sich zur belgischen Wache, wo sie entworfen wurde.

## Generallstreikbeschluss im Buchdrucker-gewerbe.

### Eine sinnlose Aktion der Kommunisten.

Berlin, 25. Oktober. (Eigenbericht.) Nach dem Zusammenbruch des kommunistischen Kampfes in Hamburg bemühen sich die Kommunisten, nun auch in Berlin eine ähnliche Aktion in Gang zu bringen. Vor einigen Tagen wurde auf Anordnung des Reichswehrkommandanten die Druckerei der „Roten Fahne“ geschlossen; die Gewerkschaften verlangen, daß diese Schließung rückgängig gemacht werde, weil durch sie etwa 200 Arbeiter brotlos geworden sind. Es ist anzunehmen, daß die bereit in dieser Richtung eingeleiteten Schritte zu einem Erfolge führen werden; die Kommunisten wollen aber durch einen Generallstreik im Buchdrucker-gewerbe, vor allem in den Rotendruckereien, das Wiedererschließen der „Roten Fahne“ erzwingen. Die Gewerkschaften sind gegen den Generallstreik, weil dadurch die gesamte Arbeiterkraft ungeheuer geschädigt würde. In den Rotendruckereien wird gerade jetzt das neue wertbeständige Geld hergestellt, das auch bei der Entlohnung der Arbeiterkraft verwendet werden soll. Gestern hatten die Funktionäre der graphischen Arbeiter bereits den Generallstreikbeschluss gefasst. Sie entsandten aber vorerst noch eine Kommission in das Reichswehrministerium, die dort verhandelte und heute in einer neuen Versammlung Bericht erstatten sollte. In dieser Versammlung wandten sich die Vertreter der Gewerkschaften gegen den Generallstreik, wobei sie von den Kommunisten wiederholt an-

gegriffen wurden. Mit einer geringen Mehrheit wurde schließlich der Streikbeschluss gefasst; es steht aber schon jetzt fest, daß er zusammenbrechen wird, denn die Gewerkschaften werden ihn nicht finanzieren, und auch die sozialdemokratischen Arbeiter des Buchdrucker-gewerbes, die die Mehrheit bilden, werden sich diesem Streikbeschlusse nicht fügen.

## Die Militärbitatur in Sachsen.

Dresden, 25. Oktober. In der heutigen Landtags-sitzung teilte Ministerpräsident Dr. Zeigener mit, daß auf Anordnung der Reichswehr eine große Anzahl Beamter der Stellung entzogen worden sei. Eine Reihe von Regierungskommissären sei verhaftet worden, obwohl sie nur den Weisungen ihrer Vorgesetzten gehorcht hätten. Dr. Zeigener erklärte die Amtsenthebungen für gänzlich unstatthaft und ließ durchblicken, daß auch noch Abgeordnete verhaftet werden würden. Der kommunistische Abgeordnete Schaeffler ist seines Lehrerspostens in Annaberg auf Anordnung der Reichswehr entzogen worden.

Das Polizeipräsidium ist heute von der Reichswehr besetzt worden, die Maschinen-gewehre aufgestellt hatte. Wie verlautet, ist der Kriminalkommissär Regierungsrat Kaufe, in Schutzhaft genommen worden.

## Die Lage im besetzten Gebiet.

### Regierungskonferenz im Grenzgebiet.

Hagen, 25. Oktober. (Wolff.) Im Kreis-haus zu Hagen fand heute eine Besprechung über die Lage im besetzten Gebiete statt, an der der Reichsminister für die besetzten Gebiete, des Innern, der preussische Ministerpräsident und Vertreter der politischen Parteien und Wirtschaftskreise des besetzten Gebietes teilnahmen.

Der Reichsminister erklärte, daß die Reichs-regierung nicht im entferntesten daran denke, das besetzte Gebiet seinem Schicksale zu überlassen und daß etwa in dieser Hinsicht bestehende Beschränkungen absolut unbegründet seien. Zu den gegenwärtigen separatistischen Versuchen bemerkte der Reichsminister, daß nach wie vor die Zurück-weisung solcher vaterlandsloser Bestrebungen erwartet werden müsse und daß für die Reichs-regierung und die Landesregierungen jeder Gedanke einer Loslösung der besetzten Gebiete vom Reich und den Ländern selbstverständlich außer Erwägung stünde.

Diesen Darlegungen stimmte der preussische Ministerpräsident für die preussische Staatsregie-rung im vollen Umfange bei. In der folgernden Aussprache wurde von den Vertretern des besetzten Gebietes auf die mit der ungeheuren Erwerbslosigkeit und der Lebensmittelnot für das besetzte Gebiet verbundenen Gefahren hingewiesen. Die Schaffung eines wertbeständigen Zahlungsmittels für das besetzte Gebiet wurde als besonders dringlich bezeichnet. Es wurde mitgeteilt, daß die Parteien des besetzten Gebietes zur Überwindung einer künftigen Hungerkatastrophe untereinander und mit der Reichsregierung einen Aus-schuss von 15 Personen eingesetzt hätten.

## Deutschlands neue Note an die Reparationskommission.

### Unfreundliche Aufnahme in Frankreich.

Paris, 24. Oktober. (Savas.) Die der Re-parationskommission gehandte deutsche Note ent-hält keinen positiven Vorschlag zur Regelung der Reparations-Zahlungen und Lieferungen. Das Deutsche Reich anerkennt zwar seine Verpflichtung, die Reparationen durchzuführen, versichert aber, finanziell nicht fähig zu sein, die Verbindlichkeiten zu erfüllen. Infolge dessen sei es dem Reich nicht möglich, in den Natural-lieferungen an die Auslandskompensations-mächte fortzufahren, noch auch seinen An-gehörigen den Wert der Lieferungen zu ersetzen. Das Reich bemüht sich, den Nachweis zu erbrin-gen, daß diese Situation durch die Besetzung des Ruhrgebietes verschuldet wurde. Allein die mit dem passiven Widerstand verbundenen Auslagen haben den Gesamtbetrag der Reparationen, welche Deutschland zahlen sollte, beträchtlich überschritten.

Die Note ersucht die Reparationskommis-sion, den deutschen Delegierten über die Zah-lungsfähigkeit, die Sanierung der Finanzen und die Durchführung der Reparationszahlungen an-zuhören, und tritt für ein technisches Studium der belgischen Vorschläge ein. Diese enthal-ten aber keine praktische Anregung und äußern sich auch gar nicht über ein Moratorium als einziges Mittel. Die Reparationskommission wird binnen kurzem über dieses Ansuchen Deutschlands Beratungen pflegen. Frankreich könnte aber überhaupt nicht an die Eventualität denken, selbst den deutschen Industriellen den Wert der Naturallieferungen zu ersetzen, da es dem Reiche zukommt, selbst direkt mit seinen Staatsangehörigen zu verhandeln.

## Zur Kenntnis genommen . . .

Brüssel, 25. Oktober. (Savas.) Minister des Innern Jaspars setzte im Ministerrat die Lage Deutschlands auseinander. Die Minister beschränkten sich darauf, die Ereignisse sowie auch die Neutralität der Alliierten zur Kenntnis zu nehmen.

## Die Welt im Bilde.

Von Felix Zefflinger, Berlin.

So wie in allen Künsten zeigt sich auch in der bildenden Kunst, daß die rasende Entwicklung un-serer gesellschaftlichen Verhältnisse von einem ebenso schnellen Ablauf von Kunstströmungen und Kunstmethoden begleitet wird. Die Musik, die Verse, die Bilder, die Wohnungseinrichtungen, die gestern noch so modern schienen, daß der Bür-ger an ihnen mit einer höhnischen Grimasse vor-überging, werden heute anerkannt und bewundert, morgen zur Ausschmückung von Dienen, Bars, Filmstudios und Lissabäulen benutzt und gehören übermorgen der Vergangenheit an. Grillparzer besaß schon vor 100 Jahren, daß die deut-sche Literatur alle 10 Jahre in eine neue Periode trete. Heute ist das mit der europäischen Kunst alle zehn Monate der Fall. Man kann in dieser Erscheinung nur ein Symptom der Rasigkeit und des Verfalls erblicken. Es gibt aber keine einzige künstlerische Laune, die nicht ihren ersten Grund hätte, denn jede kommt aus einer neuen Art des Weltgefühls hervor, wie jede unserer Empfindungen aus dem Mutterleib der gesell-schaftlichen Verhältnisse. Eine neue Art des Se-hens und Fühlens entspricht einer neuen Bil-dung unseres Lebens. Und dieses selbst ruht nicht und rastet nicht, und findet nicht die ruhige und gefäßtätige Dauer, ohne die niemals kulturelles Schaffen möglich ist.

Die nervöse Unruhe der Zeit hat keinen inne-ren Ausdruck von Dauer. So kommt es, daß nicht

die Kunst, sondern auch der einzelne Künstler von Mode zu Mode geworfen wird. Daß er nicht Kunst gestaltet, sondern von der Zeit gestaltet wird. Und daß der ungeheuer schnelle Ablauf der Empfindungen zahllose Moden und Richtungen, Epochen, Stile und Kunstformen nebeneinander vegetieren läßt, die man möchte beinahe sagen, einem ganzen Jahrhundert anhördern. In einer Stadt, ja selbst unter einem Glasdach leben Künstler, die ihrem Schaffen nach einem frühkapitalis-tischen Kleinbürgertum und einer Zeit hochkapita-listischen Größenwahns angehören, die dauerliche Einfachheit und städtisches Raffinement, naive Ge-nüßsucht und kultische Eingabe, morphinistische Ekstasen und architektonische Festigkeit anzubrüu-len bemüht sind.

Einen Künstler, der die ganze Zeit ausdrücken kann oder in repräsentativer Form auch nur eine einzige dieser Richtungen, haben wir heute nicht. Und doch gibt es Anlässe, der Zeit in ihr ganzes Gesicht zu sehen, die Ohnmacht ihrer Wege zu be-lauschen: wenn man die beiden großen Ausstel-lungen ohne Jury, in der jeder Richtung gleiches stehen sind. Es sind dies die Ausstellung der Preussischen Akademie unter Max Liebermann und die Jurysfreie Ausstel-lung in den Glashallen am Lehrterbahnhof.

Die richtige Form der Ausstellung kristalli-siert sich aus der Zeit heraus. Die Ausstellungen von Gruppen und Vereinen sind überholt. Sie sind an ihrer eigenen Lanovelle gestorben. Die Ausstellungen, die eine große Sicht des zeitgenös-sischen Schaffens darstellen, kommen dagegen zur Geltung, und ihre radikalste Form ist die Aus-stellung ohne Jury, in der jede Richtung gleiches

Recht hat, und nur durch die Art des Hängens eine Klassifizierung statthaft ist.

Die Ausstellung unter Liebermann ist zwar nicht juryslos, aber richtungslos. Sie ist eine jurysfreie Ausstellung, aber ohne den Mut, es zu sein. Sie unterscheidet sich von der jurysfreien nur dadurch, daß gewisse große Namen nur bei ihr vertreten sind, während der große Troß der Künstler aus allen Heerlagern die Gelegenheit der Doppelausstellung mit gutem Recht wahrge-nommen hat. Aber noch ein anderer Unterschied ist bezeichnend. Die Akademie endigt bei dem Expressionismus von gestern. Die Jurysfreie ent-saltet sich erst zu voller Bedeutung in der abstrak-ten Kunst und dem Konstruktivismus von mor-gen.

Wenn man einige tausend Bilder und gra-phische Werke in den beiden Ausstellungen über-flogen hat, hat man wohl ein Bild der Zeit, aber noch mehr ein Echo ihrer Ohnmacht augenommen. Ja, es wird furchtbar viel gemalt und geschaffen, aber wie auf allen Gebieten ist auch hier die Zahl der Persönlichkeiten, die etwas sagen können, un-endlich gering. Der Wettstreit zwischen Lieber-mann und Corinth, der einige Jahre Diskussions-stoff der Ateliers war, ist wohl endgültig zugun-sten von Liebermann entschieden. Seine Kunst hat eine Mannigfaltigkeit und zarte Be-feeltheit, neben der Corinth wie ein verantwor-tungsloser Farbenwülfing wirkt. Eine Reihe von Aquarellen Liebermanns bleibt lange wie ein Gruß aus einer düstigen und annütigen Welt in unserem Auge liegen. Alle Expressionisten um ihn und nach ihm sind erstorben. Wieder ist es möglich, eine Periode als abgeschlossen zu betrach-

ten und zu richten. Aus der Kunst der letzten 20 Jahre wird sein Werk bleiben. Klein und spie-lerisch, auch nicht entfernt ein Dors an Phantastie und Können ist daneben der Illustrator Se-le-vogt, von all den kleinen impressionistischen Mo-dellanten zu schweigen. Gehen wir in der Zeit einen Schritt vorwärts, so bleiben als starke Ein-drücke Koloschka und Käthe Kollwitz hofen. Koloschka hat zwar lange nicht gehalten, was seine geniale und hinreichende Jugend versprochen hat. Auch ihn scheint die Zeit und ihre Kriege verstört zu haben. Aber man spürt in ihm eine große und respektable Dämonie, es haucht uns etwas in sei-nen großen lithographischen Porträts an, was wie ein melancholischer Nachhall seiner früheren ver-zückten und zudenden Jugendwerke fortklingt.

Käthe Kollwitz fällt ein eigenes Zim-mer. Und es ist schön, sich abgeschlossen mit ihr beschäftigen zu können, denn in ihr ist das Wes der Zeit lebendig. Sie ist die Zeichnerin der protes-tantischen Mutter, des stehenden Kindes, des ge-toeten und vor Leid zu einer wehen Einheit erhar-tenen Schicksals der namenlosen Vorstadtmasse. Ihre Darstellung ist nicht groß, aber ihr Gefühl ist groß. Ihre Form ist nicht ganz, ihre Kunst ist nicht mannigfaltig, aber sie hat etwas Erhabenes in ihrer Einseitigkeit, und sie erweckt Ehrfurcht mit ihrer Monotonie. Es ist schade, daß so viel Selbstverwehnen in der eigenen Leidempfindung neben der wirklichen Leidempfindung zum Aus-druck kommt.

Am furchtbarsten wird die Zeit allerdings von Otto Dix erfasst. Dix kommt aus der Richtung von George Grosz her, und nach Dix treten schon andere Zeichner auf, denen die



# Die Rheinpfalz bleibt deutsch.

## Eine Kundgebung der pfälzischen Sozialdemokratie.

Berlin, 25. Oktober. (Eigenbericht.) Die heute aus der Pfalz vorliegenden Meldungen bestätigen die Auffassung, daß die pfälzischen Sozialdemokraten nicht die Voreilehung des Gebietes vom Reich verlangt hätten, sondern ihr Vorstoß zur Gründung einer pfälzischen Republik im Rahmen des Deutschen Reiches lediglich eine Abwehraktion gegen den bahrischen Verfassungsbruch darstelle. Nachdem der französische Vertreter der Rheinlandskommission aber diese Gelegenheit wahrnehmen wollte, um aus dieser Demonstration gegen Rahr-Bapern eine Lösung der Pfalz vom Reich zu machen, erklärt jetzt die pfälzische Sozialdemokratie mit aller Eindeutigkeit, daß davon keine Rede sein könne, sondern daß die Pfalz nach wie vor deutsch bleiben werde. Damit bricht die Verleumdung der nationalistischen Presse zusammen, die das Vorgehen der pfälzischen Sozialdemokraten zu einem Hochverrat gegen das Reich stempeln wollte. Im übrigen hat der Parteivorstand Genosse Hermann Müller ein Telegramm an den sozialdemokratischen Bezirksvorstand in Ludwigshafen gerichtet, worin er auffordert, jede Maßnahme, die auch nur indirekt französische Rheinlandpläne unterstützen könnte, unbedingt zu unterlassen. Die sozialdemokratische Fraktion des bahrischen Landtages hat zwei Vertreter nach Ludwigshafen zur Einziehung von Informationen entsendet.

## Der General wünscht die pfälzische Republik.

Berlin, 25. Oktober. (Volks.) Nach einer hier eingetroffenen Meldung hat General de Metz für morgen in Speyer eine Versammlung des Kreisrates der Parteiführer, Gewerkschaften und der Vertreter von Handel und Industrie einberufen, um erneut die Verleumdung der pfälzischen Republik vorzuschlagen. Der General sucht die Sozialdemokraten für seine Pläne durch die Behauptung zu gewinnen, daß aus der gestrigen Erklärung des Major Louis die Worte, wonach die pfälzische Republik innerhalb des Rahmens des Deutschen Reiches verbleiben soll, durch einen Uebersetzungsfehler (!) weggelassen worden seien. — Die Reichsregierung hat bei der französischen Regierung gegen das Vorgehen des General de Metz Protest eingelegt.

## Eine Kundgebung des Parteivorstandes.

Berlin, 25. Oktober. Der sozialdemokratische Parteivorstand hat sich laut „Vorwärts“ gestern mit den Gefahren für die Reichseinheit beschäftigt, die im Süden und Norden in die Erscheinung getreten seien. Es gebe keine Meinungsverschiedenheiten darüber, daß die sozialdemokratische Partei für die Einheit des Reiches kämpfen werde, wie sie es bisher stets und noch zuletzt von Kopenhagen bis Wiesbaden getan hat.

## Eine Konferenz der Signatarmächte.

Unter Teilnahme deutscher Vertreter.

London, 25. Oktober. Stätermeldungen zufolge sind wichtige Verhandlungen zwischen den Alliierten im Gange gewesen, um eine Konferenz der Seemächte, die den Versailler Vertrag unterzeichnet haben, im Dezember nach Paris einzuberufen. Eine derartige Konferenz würde sich, wie verlautet, mit den zusammenhängenden Fragen der Reparationen und der interalliierten Schulden befassen. Jede Nation würde direkt vertreten sein, so daß die Zusammenkunft folgende

Vertreter umfassen würde: Frankreich: Poincaré; Großbritannien: Baldwin; Vereinigte Staaten: Hughes; Italien: Mussolini; Japan: Ishii; Belgien: Theunis; Kanada: Madenye King; Südafrika: General Smuts; Neuseeland: Massey; Australien: Bruce. Die Abicht sei, unabhängig von der Reparationskommission und dem Völkerbunde zu handeln. Auch technische und andere Sachverständige sowie deutsche Vertreter von hohem Rufe würden daran teilnehmen. Baldwins Erklärung am Donnerstag werde vielleicht der Erwartung Ausdruck geben, daß eine derartige Konferenz in einem nicht fernem Zeitpunkt zusammentreten werde.

## Inland.

### Die Schlichtungskommission der Sozialistischen Arbeiterinternationale

Die vom Hamburger Internationalen Sozialistenkongress eingesetzte Kommission, die die Konflikte zwischen den sozialistischen Parteien der Tschechoslowakei prüfen soll, ist Donnerstag zusammengetreten.

Der Kommission gehören an: Die vom Hamburger Kongress gewählten Genossen Hunsman (Belgien), Sugton (England) und Graber (Schweiz), ferner Tom Shaw als Sekretär der Sozialistischen Arbeiterinternationale, de Brodère (Belgien) als Vertrauensmann der tschechoslowakischen und Doktor Bauer (Österreich) als Vertrauensmann der deutschen Sozialdemokratie in der Tschechoslowakei.

Die Kommission hat sich konstituiert und zu ihrem Vorsitzenden Hunsman (Belgien) gewählt. Sie hörte zunächst die Vertreter der Parteien, und zwar Dr. Czoch für die Deutsche Sozialdemokratische Arbeiterpartei, Dr. Wintz und Dr. Reichner für die Tschechoslowakische Sozialdemokratische Arbeiterpartei und Brodeck für die Sozialistische Vereinigung. Die Kommission setzt heute ihre Arbeit fort.

### Grubenhund oder böse Absicht?

Der Reichsberger „Vorwärts“, der den Kampf gegen die deutsche Sozialdemokratie bekanntlich nur in der sachlichsten Weise führt, veröffentlichte vor einigen Tagen folgende Notiz:

#### Sozialdemokratischer Klassenkampf.

In Böhmen-Ramnis hat sich etwas abgespielt, was in dieser trostlos Form noch nicht vorgekommen ist. Die deutschen Sozialdemokraten haben bei der Bürgermeisterwahl mit der Deutschen Nationalpartei gekoppelt, um dafür von den Deutschnationalen das zweite Bürgermeisterstellvertretermandat zu erhalten. Zum Bürgermeister wurde mit den sieben Stimmen der Sozialdemokraten der Großindustrielle Franz Hübel gewählt. Der sozialdemokratische Vizebürgermeister von Gauden der Großindustriellen ist der Herr General Hadel, der Direktor des Konsumvereins in Böhmen-Ramnis und Kreisobmann der nordböhmisches Konsumvereine. Jetzt stellt sich, daß in Ramnis auch zwei Kommissionen gewählt wurden, mit denen zusammen die Sozialdemokraten ebenfalls den zweiten Vizebürgermeister hätten stellen können. Aber diese merkwürdigen Klassenkämpfer koppelte lieber mit den Großindustriellen, als mit ihren Klassenangehörigen. Es sind zwar in der letzten Zeit eine ganze Reihe von merkwürdi-

durch eine menschenlichere Sprache an den Großstadtpalästen vorbeizieht, wird jeder Stein so gemacht, daß wir ihn keiner Farbe und geliebten Schönheit willen verfluchen. Das ist der interessanteste Maler unserer Zeit. Und wenn auch er erstarrte sollte, so ist er doch wenigstens der Maler, der unter den tausend Moden der Zeit aus jener hervorgeht, die uns noch das Starke zu sagen hat.

Während Dix das Stoffliche der Zeit zur Kunst macht, leben die Konstruktivisten, obwohl viele von ihnen auch ihrer Gesinnung nach ganz links stehen, in einer Revolution der Formen. Sie sind die Nachfolger der abstrakten Künstler, nur daß sie nicht mehr wie etwa Kandinsky ein geschmackvolles Arrangement von Farbenflecken als ein Bild ausgehen, sondern mit festen geometrischen und konstruktiven Formen neue Gebilde schaffen, die wie Farbenreflexe eines Maschinenraums wirken wollen. Die bedeutendsten Versuche auf dem Gebiet haben A. Szeval und Elkar Fischer geschaffen. Diese Kunst ist nun die neueste. Aber in unserer verwirrten Zeit wirken auf mich die drastischen Realitäten eines Dix unendlich stärker als diese rein formalen Erneuierungen der Kunst.

Unsere Zeit läßt keinen Ausblick auf ruhiges, gefestigtes Sein erkennen. So gibt es denn auch keinen Ausblick auf eine neue starke, alle Kreise des Volkes erfassende Kunst. Diese Notation ist leider das einzige ganz Positive, was man von diesen beiden großen Ausstellungen nach Hause trägt.

ger Dingen bei Bürgermeisterwahlen vorgekommen, aber etwas derartiges ist, wie mir bereits gesagt haben, noch nicht passiert.

Also ist es wieder einmal gelungen, die deutschen Sozialdemokraten als „Verräter“ hinzustellen? Nein, schade, daß die Behauptungen des „Vorwärts“ von A bis Z erlogen sind. Die Wahrheit ist, daß die deutschen Sozialdemokraten weder mit den Deutschnationalen, noch mit einer anderen Partei gekoppelt haben und daß sie mit den Kommunisten nicht kuppeln konnten, weil in Böhmen-Ramnis kein Kommunist gewählt wurde, die Kommunisten dort gar nicht kandidierten, ja in Böhmen-Ramnis überhaupt keine Organisation besitzen. Von der Bürgermeisterwahl selber ist kurz zu berichten: Unsere Genossen waren von den Nationalen angegangen worden, mit ihnen zu kuppeln, wofür man den deutschen Sozialdemokraten ein drittes Stadtratsmandat und dem ersten Vizebürgermeister zusagte. Unsere Genossen lehnten diesen Anbuhler, durch den sie der Stadt zu einem liberalen Bürgermeister hätten verhelfen sollen, natürlich ab, worauf die Christlichsozialen mit den Nationalsozialisten koppelten und bei der Wahl den ersten Vizebürgermeister beanspruchten. Die sozialdemokratische Fraktion hatte beschlossen, bei der Wahl aus dem Plenum die Stimmenabgabe freizugeben, damit auf keinen Fall ein Christlichsozialer — das größere Uebel — zum Bürgermeister gewählt werde. Die Abstimmung ergab 14 Stimmen für Herrn Hübel, der damit zum Bürgermeister gewählt war, und 15 Stimmen für Genossen Hadel als zweiten Stellvertreter.

Dies der wahre Sachverhalt. Wir wissen nicht, ob der „Vorwärts“ nur einer lügenhaften Berichterstattung aufgefressen ist, als er von einer Koppelung berichtete, die nicht stattfand, und den Sozialdemokraten vorwarf, nicht mit den Kommunisten gekoppelt zu haben, die gar nicht existieren. Auf jeden Fall aber zeigt dieser Fall den grenzenlosen Leichtsin, mit dem der „Vorwärts“ alles wiedergibt, was seiner Verleumdung der Sozialdemokratie dienlich ist, und die Strupfelsigkeit, mit dem er Unverbürgtes, ohne es auch nur im geringsten auf seinen Wahrheitsgehalt zu prüfen, zu Beweisen für den „sozialdemokratischen Klassenkampf-Verrat“ ausstrotzet.

Der „Vorwärts“ wird wohl den Anstand aufbringen, nun seiner Falschmeldung die Wahrheit entgegenzustellen, wovon sich dann die kommunistischen Arbeiter selber ein Bild von der Verlässlichkeit und Seriosität ihrer Presse machen mögen.

### Der Finanzminister über die Gehaltsfrage der Staatsangestellten.

In der nächsten Zeit kein Gehaltsabbau!

In jüngster Zeit brachte die Tagespresse wiederholt Nachrichten über einen von der Regierung noch für dieses Jahr beabsichtigten weiteren Abbau der Bezüge der Staatsangestellten und Eisenbahner im Sinne des Paragraphen 5 des bekannten Gesetzes vom Dezember 1922. Wenn auch von einzelnen führenden Politikern der der Regierungskoalition angehörenden tschechischen Parteien eine solche Absicht in Abrede gestellt wurde, so steht doch die gesamte Angestelltenchaft auf Grund der mehrfach gemachten schlimmen Erfahrungen dieser Frage mit größter Sorge und Mißtrauen gegenüber, dies umso mehr, als von der Regierung bisher keinerlei bestimmte Erklärungen hierüber in der Öffentlichkeit erfolgten. Das Mißtrauen und die Beunruhigung der Staats- und öffentlichen Angestellten wird auch dadurch genährt, daß die Regierung durch das genannte Gesetz ermächtigt ist, ohne weitere Parlamentsbeschlüsse im Verordnungswege die Teuerungszulagen weiter abzubauen. Gerade dieser Umstand hätte die Regierung veranlassen müssen, falls sie tatsächlich derartige Pläne nicht verfolgt, mit einem öffentlichen Demontageklarheit zu schaffen.

Bisher war es keiner Staatsangestelltenorganisationen gelungen, bei einer Regierungsstelle eine maßgebende Auskunft zu erhalten. Das Kartell der Verbände öffentlicher Angestellter im deutschen Gewerkschaftsbunde (Verband der Eisenbahner, Verband der öffentlichen Angestellten, Gewerkschaft der Postler) sah, um seinen Aktionen eine feste Grundlage geben zu können, den Entschluß, durch eine Aussprache mit dem Finanzminister die Situation zu klären. Zu diesem Zwecke sprach die Exekutive des Kartells (bestehend aus den Genossen Abg. Grünzner, Postadjunkt Tischler und Dr. Hahn) gestern beim Finanzminister Aug. Becka vor und legte die Gründe gegen einen unerlässlichen Abbau der Bezüge eingehend dar, wobei der Vertreter des Kartells eine authentische Erklärung der Regierung über ihren Standpunkt in dieser Frage verlangte.

Der Finanzminister Becka erklärte hiezu, er wisse recht wohl, daß die gegenwärtigen Lebensbedingungen der Staats- und öffentlichen Angestellten sehr schwere seien und anerkannte die von der Deputation vorgebrachten Gründe. Er könne mitteilen, daß das Staatsbudget für das Jahr 1924 keine Kürzung der Bezüge der Staatsangestellten enthalten werde. Jedoch könne er bindende Versprechungen für die weitere Zukunft nicht machen, da man die Entwicklung der wirtschaftlichen Verhältnisse im kommenden Jahre nicht mit Bestimmtheit vorhersehen könne. Nach seiner Ansicht wird in der nächsten Zeit kein Abbau der Bezüge der Staats- und öffentlichen Angestellten erfolgen. Es sei auch nicht beabsichtigt, der kommenden Parlamentssession einen Gesetzentwurf über die Erhöhung der Ortszulage auf Kosten der Teuerungszulage vorzulegen. Das Finanzministe-

rium befaße sich aber schon längere Zeit mit dem Studium einer Reform des Ortszulage-Systems. Der Finanzminister erklärte schließlich, es sei ihm daran gelegen, daß die Staatsangestellten nicht unnötig mit Unruhe und Verwirrung erfüllt werden.

Das Kartell der Verbände öffentlicher Angestellter im deutschen Gewerkschaftsbunde hat durch diese Vorprache eine Klärung der Situation herbeigeführt und nicht zumindest dazu beigetragen, die Regierung vor verfrühten oder unbegründeten Maßnahmen, welche zu einer Krisenverschärfung der Staats- und öffentlichen Angestellten führen würden, zu warnen.

17:16.4. „Libove Noviny“ melden: Der Staatsvoranschlag für das Jahr 1924 befindet sich bereits im Druck. Nach unseren Informationen beziffert das Budget die staatlichen Ausgaben in der Endsumme mit 17 Milliarden, die Staatseinnahmen werden mit dem Betrage von 16,4 Milliarden präliminiert, so daß sich ein Defizit von etwas über einer halben Milliarde ergeben würde. In das Budget sind allerdings nicht aufgenommen die Investitionen des Bauprogrammes pro 1924, welche auf 2,2 Milliarden veranschlagt werden, während die Not- und Teuerungszulagen für die Staatsbeamten, wie bereits gemeldet, heuer zum erstenmal in das Budget aufgenommen erscheinen.

Sie zeigen ihren eigenen Tod an. Im Zusammenhang der deutschböhmischen Parteien, die vor den Gemeindevahlen unermüdet den Tod der Sozialdemokratie und des Marxismus prophezeien, machten sich in dieser Hinsicht die kleinsten Schreier, unsere — mit Respekt zu sagen: „Deutsch-„Demokraten“, am lautesten bemerkbar. Die „Bohemia“ blähte sich damals wie ein Frosch und quakte mit schwer zu überbietender Frechheit das Lied von der endgültigen Katastrophe der deutschen Sozialdemokratie, die längst überall ausgepielt habe. Was nützen wohl die Leser dieses Blattes gesagt haben, als sie dessen Nummer nach den österreichischen Wahlen in die Hand bekamen? Dort war nicht nur in Speyer, Frensdorf und Tilschleien zu lesen, daß „die sozialdemokratische Herrschaft“, „unerschütterter“ ist, nicht nur, daß die Deutschnationalen eine schwere Niederlage erlitten haben und aus der Wiener Gemeindevote überhaupt vollständig verschwunden sind, sondern in dieser Nummer der „Bohemia“ hielt dieses deutschdemokratische Hauptblatt auch einen Nekrolog auf die deutschdemokratische Partei. Nach der Feststellung, daß die Großdeutschen den „Anschluß an Deutschland“ und ihre „freiheitliche Gesinnung“ auf Eis gelegt hätten,“ schreibt die „Bohemia“ weiter (wir wollen auch in der Wiedergabe des Drucktechnischen nicht von ihr abweichen):

„Aus ähnlichen Gründen hat auch

die bürgerlich-demokratische Partei vollständig versagt und verspielt.

Auch Graf Czernin kehrt nicht mehr in den Nationalrat zurück. Dem österreichischen Liberalismus, der einst das Parlament der großen Monarchie beherrschte, ist es nicht einmal gelungen, den Wahlbewerber in Wien durchzubringen, so daß zum erstenmal das freiheitliche Bürgerturn ohne Vertretung in einem österreichischen Parlament ist. Auch hier war es der Mangel an jedem idealen Programm, der die Partei heruntergebracht hat. Wenn eine freiheitliche demokratische Partei unter dem Schlagworte „Wirtschaft, nicht Politik“ in den Wahlkampf zieht, dann zeigt sie ihren eigenen Wählern deutlich, wie überflüssig sie ist.“

„Auch hier“, schreibt die „Bohemia“, haben die Deutschdemokraten versagt und verspielt. In diesem „auch“ liegt das unfreiwillige Geständnis, daß diese sogenannten Demokraten „auch“ anderwärts „heruntergebracht“ sind und „wie überflüssig“ sie sind, hat sich denn auch nicht nur bei den Wiener Parlamentswahlen, sondern auch bei den tschechoslowakischen Gemeindevahlen erwiesen. Statt der großen Tilschleien vom „Ende des Marxismus“ erscheinen also jetzt die Meldungen von der „Wahlniederlage“, vom „Versagen und Verspielen“ der Deutschnationalen und Deutschdemokraten. Das dürfte auf jene Leser und Wähler, die vor sechs Wochen so gründlich übers Ohr gehauen wurden, immerhin erquickend wirken.

„Ist die deutsche Diktatur tot?“ Diese Frage richtet der Duxer „Tag“ über die ganze Breite des Titelblattes an seine Leser. Das hakenkreuzerische Organ ist nämlich mit dem Ausfall der österreichischen Wahlen nicht zufrieden, was gar nicht zu verwundern ist, da die Nationalsozialisten“, denen doch bekanntlich die Zukunft gehört, in Österreich nicht einmal stark genug waren, um zu kandidieren, und da die österreichischen Deutschnationalen, Großdeutsche benamset, eine elende Niederlage erlitten haben. Es sind also Nationalsozialisten und Deutschnationalen für die „deutsche Diktatur“ tot und nicht die „deutsche Diktatur“, die wir in unserer Einsicht weiterhin als Deutschösterreich bezeichnen wollen und das dank der 500.000 sozialdemokratischen Arbeiter um so kräftiger lebt, je bedeutungsloser die Hakenkreuzer sind.

Der Klub der tschechischen sozialdemokratischen Senatoren hielt gestern eine Sitzung ab, in deren Verlaufe Fürstorgeminister Kadman Bericht über die sozialpolitischen Vorlagen und über den Fortschritt der Arbeiten für den Gesetzentwurf der Versicherung selbständiger Personen Bericht erstattete. Dann entwickelte sich eine aus-



fürliche Debatte, in der zahlreiche Beschwerden über die Bewegungslosigkeit der Bürokratie bei den Zentralbehörden vorgebracht wurden. Senator Klerman forderte, daß sich der Klub hinter die Forderung der Verlängerung der Arbeitslosenunterstützung an Textilarbeiter, die bereits über ein Jahr ohne Arbeit sind, stelle. Weiter wurde beschloffen, das Eisenbahn- und das Ernährungsministerium um Aufklärung hinsichtlich der Verteuerung der Speisen in den Bahnhofsveranstaltungen zu ersuchen; gleichzeitig wurde eine Revision ihrer Qualität und Quantität empfohlen. In der weiteren Debatte wurden auch die wirtschaftlichen, kulturellen und politischen Verhältnisse in der Slowakei und in Karpathenland durchbesprochen. — In der Kammer des Abgeordnetenhauses sind bis gestern abends 310 dringende Interpellationen, die sämtlich von Oppositionsparteien stammen, eingelassen. Wie wir erfahren, haben die Koalitionsparteien beschloffen, den Interpellationen die Dringlichkeit nicht zuzuerkennen. — Das Präsidium des Abgeordnetenhauses hat das Ansuchen des deutschen Gewerbetreibers Abg. Stenzl um Zuteilung einer selbständigen Klublokalität abgewiesen, da sogenannten „Wilden“ Abgeordneten selbständige Lokalitäten nicht zugeteilt werden können.

**Das neue ungarische Memorandum an den Völkerverbund.** Die ungarischen Oppositionsparteien haben an den Völkerverbund eine Beschwerde überreicht, in der sie folgende Fälle anführen: Den Erlaß des Trenziner Gauhauptmannes Bela aus dem Jahre 1921 über das Verbot, auf den Trenziner Gassen magyarisch zu sprechen; die Verordnung des Bürgermeisters von Turcs St. Marton aus dem Juni 1922 in derselben Sache; ein vertrauliches Rundschreiben des Lokober Gauhauptmannes aus dem Oktober 1922, in dem er die untergeordneten politischen Beamten auffordert, festzustellen, ob die magyarischen Priester nicht von der Kanzel herab politisieren; eine Rede des Ministers Stobar aus dem Jahre 1920, in der er die Slowaken aufforderte, darauf zu achten, daß an öffentlichen Stellen in der Slowakei nicht magyarisch gesprochen werde; die Vernichtung des Maria Theresienedenkmals in Preßburg durch die Legionäre usw. Es wird weiter erklärt, daß das Sprachengesetz der Republik den internationalen Verträgen zuwiderlaufe, da es das Minoritätenrecht auf Minoritäten von mindestens zwanzig Prozent binde. Die tschechoslowakische Regierung habe Bestimmungen der internationalen Minderheitenverträge weder praktisch, noch theoretisch durchgeführt. Weiter hat die Regierung durch die Reorganisierung der Bezirke- und Gerichtsbezirke die zwanzigprozentigen Minderheiten von Preßburg jede Betätigung unmöglich gemacht. Schließlich erklärt das Memorandum, daß den Magyaren auch im Privatleben Unrecht geschehe und als Beweis dessen wird der Erlaß des Ministeriums für die Slowakei aus dem Jahre 1921 angeführt, in dem angeordnet wird, daß die Bezeichnungen der Geschäftsfirmen auch in slowakischer Sprache gehalten sein müssen.

**Zwar unbegründet, aber „im Allgemeinen muß man zustimmen...“** Die Konfiskationspraxis der tschechoslowakischen Zensoren hat dieser Tage eine löbliche Interpretation erhalten, deren Weiterverbreitung das öffentliche Interesse geradezu gebietet. Der Justizminister hat nämlich zwei der vielen Interpellationen wegen der wiederholten Konfiskationen unseres Troppauer Parteiblattes unter anderem folgendermaßen beantwortet:

„Zuletzt nach Einlangen des Berichtes über die Beschlagnahme, d. i. mit Erlaß vom 25. April 1923, wurde die Staatsanwaltschaft in Troppau aufmerksam gemacht, daß die Beschlagnahme der ersten zwei Stellen in Nr. 85 der Zeitschrift „Volkspreß“ im öffentlichen Interesse nicht notwendig und daher unbegründet war. Der Staatsanwalt war nun der Ansicht, daß das öffentliche Interesse die Durchlassung dieses Teiles des Artikels nicht zulasse. Vielleicht könnte man meinen, daß die Beschlagnahme nicht unbedingt nötig gewesen sei, allein dem Staatsanwalt kann der Vorwurf, daß er an die Beschlagnahme nicht hätte schreiben sollen, nicht gemacht werden, da die Beschlagnahme durch das Gesetz ordnungsgemäß begründet war und im Allgemeinen dem zugestimmt werden muß, daß die Kritik an gerichtlichen Entscheidungen nicht so weit gehen darf, daß die Gerichte wegen ihrer Entscheidungen in der Richtung und auf die Art und Weise, wie sie besonders im § 300 Str. G. angeführt erscheinen, angegriffen werden.“

Aus dem Wenn und Aber geht jedenfalls das eine klar hervor, daß die Konfiskationen (es handelt sich um zwei Fälle) unbegründet waren. Hoffentlich wird der Troppauer Staatsanwalt sich diese Antwort des Justizministers auch bei seiner künftigen Lektüre der Presse immer vor Augen halten.

**Nach den Preßburger Wahlen.** Die deutsche sozialdemokratische Partei in Preßburg hat gegen die Wahl des bekanntlich Einprolet erboben; sie wies in ihrer diesbezüglichen Eingabe darauf hin, daß eine große Anzahl von Wählern zur Abstimmung nicht zugelassen wurde. Da der Reklurs bis heute nicht erledigt ist, kann die Konstituierung des neuen Gemeinderates nicht vorgenommen werden. Dieser Umstand kommt übrigens den herrschenden Parteien sehr zustatten, da sie sich über die zweite Vizebürgermeisterstelle nicht einigen können. Die Wahl Dr. Okanik zum Bürgermeister ist ziemlich sicher, ebenso die Wahl Dr. Dani Wolcs zum ersten Vizebürgermeister. Auf den zweiten Vizebürgermeisterposten kandidieren die tschechischen Sozialdemokraten den Dr. Kraus und die tschechischen Nationaldemo-

kraten den Dr. Rossol. Das proletarische Interesse erfordert es, daß der Vertreter einer Arbeiterpartei gewählt wird und es wird daher zwischen den sozialistischen Parteien zwecks einheitlichen Vorgehens bei den Wahlen verhandelt.

## Ausland.

**Deutschland an die Reparationskommission.** Die deutsche Regierung hat Mittwoch der Reparationskommission eine Note überreichen lassen, worin darauf hingewiesen wird, daß die deutsche Regierung am 23. Jänner der Reparationskommission mitgeteilt habe, daß sie wegen der Befreiung des Ruhrgebietes die Reparationslieferungen an die daran beteiligten Mächte einstellen, und daß daraufhin die Reparationskommission alle früheren deutschen Anträge auf Neuregelung der Reparationsfrage als hinfällig bezeichnen und erklärt habe, daß unter diesen Umständen der Zahlungsplan vom 5. Mai 1921 in Kraft bleibe. Unter Bezugnahme auf die Einstellung des passiven Widerstandes stellt die deutsche Regierung in der Note erneut ihre grundsätzliche Bereitwilligkeit zur Wiederaufnahme der Leistungen aus dem Versailler Vertrag fest, weist jedoch darauf hin, daß die Entwicklung der wirtschaftlichen Verhältnisse in Deutschland der deutschen Regierung, die bereits am 11. August ihre Unfähigkeit zu weiteren Sachlieferungen habe erklären müssen, die Möglichkeit genommen habe, die Finanzierung der Sachlieferungen fortzusetzen oder wieder aufzunehmen. Die deutsche Regierung stellt daher an die Reparationskommission den Antrag, gemäß Artikel 234 des Versailler Vertrages in eine Prüfung der Hilfsmittel und der Leistungsfähigkeit Deutschlands einzutreten und Vertretern der deutschen Regierung Gelegenheit zu geben, den gegenwärtigen Stand der Hilfsmittel und der Leistungsfähigkeit Deutschlands darzulegen sowie die Maßnahmen zur Sanierung des Budgets und zur Stabilisierung der Währung mitzuteilen.

## Masaryk und das deutsche Geistesleben.

Die „Frankfurter Zeitung“ schreibt über eine Rede, die Präsident Masaryk anlässlich der Eröffnung des slawischen Institutes in Paris gehalten hat. Präsident Masaryk, das Haupt der tschechoslowakischen Republik, ist aus Anlaß seines Pariser Besuches von den Franzosen sehr freundlich aufgenommen und geehrt worden. Eine der besonderen Aufmerksamkeiten für Herrn Masaryk war die Eröffnung des der Sorbonne angegliederten Slawischen Institutes. Bei dieser Gelegenheit hat Präsident Masaryk eine längere Rede gehalten, die sich mit der europäischen Kultur beschäftigte. Eigentlich unterscheidet Herr Masaryk mehrere europäische Kulturen. Im Vordergrund steht ihm die Kultur des europäischen Westens, wobei er aber, wie er selbst sagt, „hauptsächlich an Frankreich denkt.“ Von dort kommt sozusagen das Licht über die Welt. Die Slawen haben sich, wenn auch stark von den Deutschen beeinflusst, dem Westen zugewandt, Deutschland aber hat sich, so sagt Herr Masaryk, in der Neuzeit immer mehr kulturell von der europäischen Kultur abgegrenzt und isoliert. Die humanitären Ideale sind durch den „pangermanischen Imperialismus“ verdrängt worden. „Der preußische Staat, der von allem Anfang an herrschsüchtig war, hat Deutschland beherrscht.“ „Die moralische und geistige Isolierung Deutschlands zeigt sich auch in der Philosophie.“ „Die deutsche Philosophie hat die soliden Grundlagen der Wissenschaft verlassen und wurde eine phantastische, die dem Egoismus und Materialismus dient, der sich konsequent aus dem deutschen Subjektivismus — die Deutschen nennen diesen mit Vorliebe Idealismus — entwickelt.“ Auf diese Weise erklärt Masaryk den — von ihm konstruierten — geistigen Unterschied zwischen Deutschland und dem Westen. Aber es ist merkwürdig, daß diese Gedanken ihm erst seit dem Kriege gekommen sind. Früher hat man nicht bemerkt, daß er die deutsche Seele als vom pangermanischen Teufel befallen angesehen hätte, und mit dem deutschen Geistesleben, insbesondere auch mit der Philosophie — er war ein Schüler Wundts — verbanden ihn viele und enge Beziehungen. Seine Bücher sind zum Teil in deutscher Sprache geschrieben, was kein Wunder ist, da Masaryk, wenn wir nicht irren, eine deutsche Mutter gehabt, und seine Bildung vorzugsweise auf deutschen Schulen und Hochschulen genossen hat. Vor dem Kriege war Masaryk einer von den wenigen Tschechen, die ehrlich für einen Ausgleich zwischen Deutschen und Tschechen eintraten, und die künftige Staatsform Böhmens sah er in dem Lichte einer „höheren Schweiz“. Heute schmätzt er den deutschen Geist, indem er als seinen eigentlichen Charakter den pangermanischen Imperialismus bezeichnet. Auch die deutsche Rechtsauffassung sei anders als die des übrigen Europas. Der Westen stehe auf dem Boden des Naturrechts, Deutschland habe diesem das historische Recht gegenübergestellt. Aus welchem Recht aber, so möchte man hier fragen, hat die Tschechoslowakei ihre Grenzen auf die Ränne des Böhmerwaldes, des Erz- und Riesengebirges gelegt, wenn nicht aus dem historischen? Das Naturrecht verlangt die Selbstbestimmung und Autonomie für die Deutschen in Böhmen, das „böhmische Staatsrecht“ aber den „historischen“ böhmischen Staat und Prof. Masaryk, der einst das Staatsrecht verworfen hat, und heute noch das historische Recht als eine Eigentümlichkeit deutschen Geistes verwirft, stellt sich da, wo er praktische Politik macht, auf den Boden des historischen Staatsrechtes, dessen Verwirklichung nur durch schweres Unrecht möglich ist. Niemand wandelt

angestraft unter Palmen, und niemand wird ungestraft Präsident eines nationalistischen Volkes. Wenn Herr Masaryk irgend ein beliebiger Professor wäre, so brauchte man sich um diese wertwürdige Wandlung seiner Ansichten nicht sehr zu kümmern. Aber er ist der Präsident eines Staates, in dem dreieinhalb Millionen Deutsche wohnen und Bürger sind. Kann man sich wundern, daß sie ungerecht und mißgünstig behandelt werden, wenn sogar der gelehrte Präsident dieses Staates heute den deutschen Geist in diesem trüben und falschen Lichte sieht?

## Ein tapferer Künstler.

Sir William Orpen ist ein großer Maler. Er scheint auch ein großer Mensch zu sein. Vor einiger Zeit erhielt er von der Leitung des britischen Kriegsmuseums den Auftrag, für einen der großen Säle mit Erinnerungen aus dem letzten Krieg ein Monumentalgemälde zu malen. Er sollte in der Manier Anton v. Werner alle Diplomaten, Staatsmänner und Feldmarschälle auf der Leinwand zusammenbringen, wie sie der Friedensschluß in Versailles zusammengebracht hatte. Zum ewigen Andenken an die gutgenährten, reichlich defizierten, mit sich selbst ungeheuer zufriedenen Herren, die es verstanden hatten, Millionen von Menschen in den Krieg taumeln zu lassen, sie vier Jahre lang den Jammer, das Elend, die körperlichen und seelischen Qualen des Krieges durchmachen zu lassen und ihnen dann in Versailles einen Scheinfrieden zu schenken, der all dem hohnsprach, für das sie, diese Völker, jahrelang gelitten und geblutet hatten. Orpen setzte sich an seine Staffelei und begann. Nachdem er die ersten alten Herren in Uniform und Ordensbändern skizziert hatte, überkam ihn, wie er selbst erklärt, ein Gefühl des Ecks.

Sir William war im Kriege Frontoffizier gewesen. Er dachte an seine toten Kameraden und auch an die toten Soldaten auf der andern Seite... und er löschte seine Skizze wieder aus und begann von neuem.

Diesmal zeichnete er einen einfachen Holzjarg, der den Leichnam eines unbekanntem toten Soldaten verbirgt. Und zu beiden Seiten des Sarges malte er noch zwei tote Soldaten, die über dem Sarg Wache halten. Keine Skelette, sondern Tote mit jener grauenhaften grünlichen Färbung des schon in Verwesung übergegangenen Leichnams, der unbegraben auf dem Schlachtfelde liegen bleibt.

Die drei Gestalten, die in Versailles nicht vertreten waren, sollten nach Orpens Meinung das Andenken an die Versailles Konferenz im britischen Kriegsmuseum verewigen. Man kann sich das Entsetzen des offiziellen London denken, als dies bekannt wurde.

Aber alle Menschen in England, Frankreich, Deutschland, Rußland und Amerika, die mit Trauer und Wut jene befrachtete und uniformierte Versammlung in Versailles sich an den Tisch setzen sahen und wußten, daß es wieder das alte Spiel kein werde, dessen Einsatz die Völker, die unbekanntem Soldaten zahlen müssen, werden den tapferen Maler verstehen und ihn um seiner Tat willen lieben.

Den Auftrag für das Kriegsmuseum hat ein anderer bekommen. Es scheint, daß noch viel größeres Elend über die Welt kommen muß, bevor sie für die Orpens reif ist.

## Tages-Neuigkeiten.

### Bolkswein Alkohol.

In Reutitschein, einer Stadt mit rund 14.000 Einwohnern, wurde, wie aus der angeführten Tabelle ersichtlich ist, in drei Jahren für mehr als 14,5 Millionen an geistigen Getränken konsumiert. Die uns von einem Reutitscheiner Genossen zur Verfügung gestellte Tabelle gibt folgende Uebersicht:

	Quantum	Im Wert (fam. Ver. lautwert)	Auf den Kopf der Bevölkerung	Wert der Bevölkerung
1920	Bier 7.872	2.948.900	52,63	2107 52
	Wein 64075	1.537.500	4,577	1100 84
	Branntwein 27472	961.520	1,66	68 68
1921	Bier 9.57975	3.065.520	68,43	218 08
	Wein 62445	1.373.700	4,46	98 12
	Branntwein 26648	799.440	1,90	57 10
1922	Bier 8.17225	2.318.980	58,40	186 88
	Wein 44780	895.800	3,2	63 98
	Branntwein 26588	684.700	1,90	47 48
<b>Insgesamt in drei Jahren:</b>				
	Bier 25.127	8.331.400	179,46	616 33
	Wein 1718	3.807.100	12,24	272 92
	Schnaps 80708	2.426.000	5,78	173 26
<b>Zusammen:</b>		<b>14.564.250</b>		<b>1002 56</b>

Zu dieser Aufstellung muß bemerkt werden, daß das Quantum an gebrannten geistigen Getränken nur nach der pauschalisierten Steuersumme errechnet wurde und daher bedeutend höher sein dürfte. Ebenso dürfte die Summe des Verkaufswertes aller Arten geistiger Getränke höher sein, weil Spezialarten und seine höhere Wert gebietet erfasst werden konnten. Bier und Wein sind nach den staatlichen Steueranmeldungen aufgenommen. Es fehlt daher das Quantum der im Hause erzeugten und konsumierten Getränke.

Das Alkoholkapital hat nach dieser Tabelle einen ungeheuerlich hohen Betrag aus der Reutitscheiner Bevölkerung herausgeholt. Es läßt sich allerdings nicht ziffermäßig feststellen, wie viel von dieser Summe die Arbeiterschaft dem Bolkswein Alkohol in den Rücken geworfen hat. Auch

ist es nicht möglich, festzustellen, wieviel zerstört: Existenzen und wieviel vernichtetes Kommuensid auf das Schuldkonto des Alkoholkapitals zu buchen sind. An dieser Tabelle kann man jedoch die furchtbare Gefahr erkennen, die durch den Alkohol für die Bevölkerung einer so kleinen Stadt heraufbeschworen wird. Was hätte die Gemeinde, was die Arbeiterschaft von Reutitschein mit dieser Summe an Kulturwerten schaffen können! Es hätten für diese Summe 44 solche Volkshäuser gebaut werden können, wie es gegenwärtig von der Reutitscheiner Arbeiterschaft errichtet wird. Solche Häuser sollen eine Warnung an die Arbeiterschaft sein und zugleich eine Aufforderung, diese Werte dem Alkoholkapital zu entziehen und dafür die Kultur der Arbeiterschaft zu fördern.

**Aus der Werkstatt der Schwarzen.** Die deutsche Landeskommission für Kinderschutz und Jugendfürsorge in Böhmen bietet in ihrem Jahresbericht für 1922 einen erwinntesten Einblick in ihre vielfältige und verdienstvolle Tätigkeit auf dem Gebiete der Jugendfürsorge. Umso befremdender wirkt der Bericht des ihrer Fürsorgetätigkeit angeschlossenen Privatwaisenhauses Schönlinde: „Wenngleich dem Freiheitsdrange der Knaben soweit als nur möglich Rechnung getragen werden konnte, mußte andererseits an der Aufrechterhaltung einer strengen Disziplin festgehalten werden. Das religiöse Empfinden der Kinder wurde durch Vornahme der üblichen Morgen-, Mittag- und Abendgebete, durch die Teilnahme an Gottesdiensten und sonstigen kirchlichen Einrichtungen und durch die Pflege der Selbsterkenntnis der Größe und Allmacht Gottes in den Werken seiner Schöpfung geweckt und gefördert.“ — Von den Gesamtausgaben der deutschen Landeskommission (drei Millionen Kronen) wurden laut Bericht diesem so veralteten, erziehungsfährlichen und pfäfflichen Waisenhause nicht weniger als Kronen 174.680 zugewiesen. — Soll das verwirklichte Volkspfege, die verwirklichte Volkskultur, die Menschenpflege sein, von der der Bericht spricht?

**Das Schilddrüsenstückchen eines tschechoslowakischen Handelsministers** Das Handelsministerium ersucht uns mitzuteilen, daß der gegenwärtige Handelsminister Koval mit den unter diesem Titel in unserer vorgestrichen Nummer veröffentlichten Tatsachen nichts zu tun hat. — Traurig genug, daß das bei einem früheren Handelsminister der Republik der Fall ist. Das Handelsministerium scheint also zuzugeben, daß das von uns berichtete Vorwissen auf Richtigkeit beruht, wenn es sich auch zu einer Zeit zugetragen hat, da Herr Koval noch nicht Handelsminister der tschechoslowakischen Republik war.

**Für die Arbeitslosen von Eger.** Der Stadtrat von Eger hat in seiner letzten Sitzung beschlossen, die politische Bezirksverwaltung in dringlicher Weise auf die Unhaltbarkeit der Zustände im Egerer Bezirke aufmerksam zu machen und von ihr die umgehende Schaffung von Arbeitsgelegenheit zu fordern. Der Stadtrat bezieht dann weiter, mit der allgemeinen Volksauspeisung wieder zu beginnen und ruft zu deren Unterstützung alle Bevölkerungsschichten von Eger auf.

**Verbesserung der Verkehrsbedingungen.** Im Eisenbahnministerium werden derzeit nach einer Information des Regierungsblattes eingehende Studien wegen Verbilligung des Lokalbahnbetriebes gepflegt. Es ist u. a. beabsichtigt, in Uegenden, in denen keine elektrische Kraftanlage und keine leicht verwendbare Wasserkraft besteht, den Betrieb mit Benzinmotoren einzuführen, die ausschließlich zur Personenbeförderung dienen würden, während der Lastverkehr nach wie vor von den Dampflokomotiven besorgt werden würde. Weiters wird die Frage der Elektrifizierung der Eisenbahnen eifrig studiert. Die Verwaltung und der Betrieb der Autobuslinien (Postautos) sollen nunmehr der Eisenbahnverwaltung unterstellt werden. Im Eisenbahnministerium ist eine neue Abteilung geschaffen worden, welche sich mit der technischen Lösung dieser wichtigen und für die Entwicklung des Eisenbahnwesens hochbedeutenden Fragen zu befassen haben wird.

**Der Wiener Rektor gegen die latentkruzifischen Kadumacher.** Aus Wien wird uns vom 25. d. M. berichtet: Der Rektor der Universität hat heute eine Kundmachung erlassen, in der es heißt: Mittwoch haben Studierende die Abhaltung der Vorlesungen des Dozenten Dr. Kappelmacher verhindert und die Ruhe und Disziplin auf dem akademischen Boden der Universität auf das gründlichste verlegt. Ich spreche den Urheber dieser Störung die schärfste Mißbilligung und Verurteilung aus mit dem Bemerken, daß ich im Falle einer Wiederholung mich gezwungen sehen würde, die schärfsten Maßnahmen zu ergreifen. — Die Vorlesungen des Dozenten Dr. Kappelmacher werden am 29. Oktober wieder beginnen. Der Zutritt zu diesen Vorlesungen ist nur hiezu inskribierten Hörern gestattet. Nicht inskribierten Hörern wird der Zutritt mit dem Hinweise verboten, daß eine Uebertretung dieses Verbotes als Disziplinärvergehen geahndet wird.

**Schlagfahne.** „Die kleine Baronin bestellte sich am Bisett gerade de. zweiten Kirchschluch mit Schlagfahne, der sich als Lauterbachsche Spezialität eines weit über die Grenzen des Städtchens hinausgehenden Rufes erfreute, während Trube Werkenhin vor dem großen Heiterpiegel des Salsls einem Gegenbilde verlobte Ruhgände zuwarf. Dann saßen sie bei Portwein und Pasteten einträchtig in der gemühtlichen Sockade des dämmerigen kleinen Honoratiorenstübchens.“ — So beginnt die 15. Fortsetzung des Romans Flammen von Hans Schulze im Dresdner



Anzeiger vom 20. Oktober 1923. Es ist eine wahre Wohltat, o bemerkt dazu unser Dresdener Bruderblatt, daß wir auch männliche Ratsh v. Gschtruchs und Courths-Mahlers besitzen, die in dieser Zeit, da der arbeitende Mensch kein Brot kaufen kann, den Appetit auf Schlafhahne, Portwein und Pasteten aufrechterhalten.

Hyndjustiz an einem Hausherrn. Der Lemberger „Napzeb“ berichtet: Der Lemberger Hausbesitzer Chaim Weinwand wollte auf Grund eines Gerichtsurteiles eine Witwe mit einigen Kindern aus ihrer kleinen Wohnung, welche er für Millionen vermieten wollte, delogieren. Als der Wagen, welcher die Sachen der Witwe wegführen sollte, vorgefahren war, begann die Witwe laut zu weinen. Da nahm sich ihrer die Strafe an. Zuerst wurden alle Fenster-scheiben des Hauses, ohne die Auslagenfenster zu schonen, eingeschlagen. Hernach begann die Suche nach dem Hausbesitzer, welchen man an seinem eigenen Haustor aufhängen wollte. Es wurde ein entsprechender Faden in das Tor eingeschlagen und auch die nötige Schnur vorbereitet. Herr Chaim kroch auf das Dach und rief um Hilfe. Einige Burschen bemühten sich auf das Dach zu klettern. Erst die Polizei befreite ihn von dieser schweren Situation und beruhigte die erzürnte Menge. Der erschrockene Weinwand hat der Mitterler der armen Witwe in ihre Wohnung zugestimmt.

Ein Brot — zehn Milliarden Mark. Der Preis für ein Brot in Berlin ist von gestern ab auf zehn Milliarden Mark erhöht worden. Begründet wird die Erhöhung mit dem weiteren Steigen der Mehlpreise.

Amors Einzug in die Kirche. Aus Chicago wird berichtet: Doktor Frank Kinsolwing, Mitglied der internationalen methodistischen Konferenz, hat in seiner Predigt am vergangenen Sonntag allen religiösen Gemeinden aus Herz gelegt, die letzten drei Bankreihen in ihren Gotteshäusern für Liebes-pärchen zu reservieren. Er behauptete, daß die Welt, die öffentliche Zärtlichkeit verliert oder verlorter junger Leute scheid ansieht, diese kleinen, harmlosen Liebeslungen erst gefährlich mache. „Dessert der Liebe Eure Pflichten!“ waren die Schlüsselworte von Doktor Kinsolwings Predigt. — Und „Amen!“ (So sei es!) werden die Liebes-pärchen von Chicago gesagt haben.

Die größte Bewässerungsanlage der Welt fertiggestellt. Reuters meldet aus Bombay (Vorderindien): Der Sukkurstand am Mittwoch eingeweiht worden. Es handelt sich um die größte Bewässerungsanlage der Welt. Das Wasser des Indus soll benutzt werden, um eine große Fläche unbrauchbaren Bodens in Ackerland zu verwandeln.

Kellnerstreik bei Sacher in Wien. Im Restaurant Sacher in Wien ist am Mittwoch ein allgemeiner Kellnerstreik ausgebrochen, weil die Leiterin des Betriebes, Frau Sacher, einen Betriebsrat ohne weiteres auf die Strafe setzte und diese Entlassung trotz des Einspruchs der Kellnerorganisation nicht zurücknehmen wollte. Ein Auerbieten der Befürhter, dem entlassenen Betriebsrat eine Abfertigung zuzugestehen, wurde abgewiesen. Im Laufe des Tages gelang es jedoch, den Streik dadurch beizulegen, daß die Befürhter die Kündigung des Betriebsrates rückgängig machen und wegen verschiedener Äußerungen, die sie den Angestellten gegenüber gemacht hatte, ihr Bedauern ausdrücken mußte.

Ein Kind mit der Hade erschlagen. Am Mittwoch vermittags erstattete die 61jährige Wirtschaf-lerin Elise Kaspar, die in der Gabelhofgasse im 18. Bezirk in Wien bei dem Hausbesitzer Josef Bum beschäftigt ist, bei der Polizei die Anzeige, daß sich während ihrer Abwesenheit die neunjährige Tochter Bum mit einer Hade erschlagen habe. Die polizeilichen Nachforschungen ergaben, daß dem Kind mit der Hade die Schädeldede zertrüm-

ert worden war. Unter dem dringenden Verdachte, das Kind ermordet zu haben, wurde die Wirtschaf-lerin Kaspar selbst verhaftet, zumal es bekannt ist, daß Kaspar das Kind des Bum, deren Frau vor einem Jahr gestorben war, nicht besonders liebevoll behandelte und es öfters schon auf den Kopf geschlagen hat. Die Kaspar leugnet bis-her entschieden die Tat.

Verstümmelter Wirt an dem Gatten. Aus Linz wird uns gemeldet: Die Koberbäuerin in Wildschönau dingte den 17jährigen Zement-arbeiter Ludwig Bliem, ihren Mann, den Georg Weichbacher, umzubringen. Sie versprach ihm dafür drei Millionen Kronen. Als der Koberbauer am 7. Oktober um 1 Uhr nachts heimkehrte, warf ihn Bliem über eine Felswand in eine tiefe Schlucht. Doch der Bauer kam unversehrt unten an und setzte von dort aus seinen Heimweg fort. Nach ihm kam Bliem zum Haus und meldete der Bäuerin den Voll-zug der Tat, mußte aber zu seiner Ueberraschung erfahren, daß der Bauer vor ihm nach Hause ge-kommen sei. Die Bäuerin stand aber von ihrem Nordplan nicht ab und forderte den Bliem auf, dem Bauern in der Früh im vom Haus entfernt ge-legenen Futterstall aufzulauern und ihn dort zu erschlagen. Sie beschaffte ihm auch zu dieser Tat einen Anzügel. Auch dieser Versuch mißlang. Der Bauer wurde des auf ihn lauerten Bliem gewahr und flüchtete. Er wurde von Bliem verfolgt, aber zwei Hunde des Bauern kamen ihm zu Hilfe und trieben den Verfolger bergaufwärts in den Wald. Bliem triefte sich dann in den Bergen herum und näherte sich von auf den Almen gestohlenen Lebensmitteln. Dieser Tage wurde er verhaftet.

Begrenzte Annahme von Schatzdemünzen bei Staats- und öffentlichen Kassen. Das Verordnungs-blatt des Postministeriums verleiht eine Aus-nahme, bis zu welcher Höhe Bargeld bei Staats- und anderen öffentlichen Kassen in Zahlung genom-men werden muß, und zwar: 1 K bis unbeschränkt, 50 h bis 20 K, 20 h bis 20 K, 10 h bis 10 K, 5 h bis 10 K, 2 h bis 2 K. Für Privatpartien ist folgendes maß-gibend: 1 K bis 100 K, 50 h bis 20 K, 20 h bis 20 K, 10 h bis 10 K, 5 h bis 10 K, 2 h bis 1 K.

Verkaufsstellen für Gefrierfleisch in Brünn. In Brünn werden im Laufe der nächsten Woche zehn Verkaufsstellen für südamerikanisches Gefrierfleisch errichtet werden. Der Preis per Kilogramm Rind-fleisch wird acht bis zehn Kronen betragen. Mit die-ser Maßnahme will das Verordnungsministerium eine Preisermäßigung auf dem Fleischmarkt erzielen, da ein Uebereinkommen zwischen den Fleischergenoß-schaften in Brünn und dem Landwirtschaftsamte da-selbst nicht erzielt werden konnte. Solche Verkaufsstellen für Gefrierfleisch sollen im Laufe des No-vember auch in Prag errichtet werden.

Die Frequenz der tschechoslowakischen Staatsbahnen. Die Personenbeförderung auf den tschecho-slowakischen Staatsbahnen ist in der ersten Hälfte des Jahres 1923 gegenüber derselben Zeit des Vorjahres bedeutend gestiegen. Befördert wurden insgesamt 123,182,456 Personen gegen 116,424,049 in der ersten Hälfte des Vorjahres. Im Gebiete der Prager Staatsbahndirektion wurden in dieser Zeit 29,000,044 Personen befördert, um 6,862,108 mehr als im Jahre 1922. Im Gebiete der Direktion der Aussen-Teplerer Bahn ging die Beförderung um 279,443 Personen auf 5,068,553 zurück. Ebenso hat die Pilsener Direktion einen Rückgang um 324,100 Personen zu verzeichnen. Befördert wurden 14,107,178 Personen. Die Königräberer Direktion hat 19,589,057 Personen, also um 1,154,781 Per-sonen mehr als im Vorjahre, befördert. Brünn rangiert mit 14,507,606 Personen an vierter Stelle. Den größten Rückgang hat die Olmücker Direktion zu verzeichnen. Während in der ersten Hälfte des Vorjahres 22,280,702 Personen befördert wurden, wurden bis Juli d. J. nur 19,581,206 Fahrgäste ausgegeben. Bei der Prahger Direktion wurden 13,792,784 und bei der Kaschauer Direc-tion 7,585,977 Personen befördert.

Witterberichts vom 25. Oktober. Im Osten der Republik erreichte die Temperatur am Mittwoch in diesem warmen Zeitraume ihren Höhepunkt. In den Niederungen stieg sie auf 20 Grad C. Stara Dalia meldet 23 Grad C. Das Regenwetter, welches sich in den Nachmittagsstunden vom Westen ausgebreitet hatte, war besonders stark in Böhmen. Prag hatte 18 Millimeter, Nachod 24 Millimeter Nieder-schlag. — Wahrscheinliches Wetter von heute: Veränderlich, später wiederum Nieder-schlagsneigung.

Prager Chronik.

Aus dem Polizeiberichte.

In der Bahnhofstraße in Smichow wurde gestern früh die Kohlenausträgerin Anna Diviz von einem Motorradwagen der Straße 5 zu Boden ge-schleudert und einige Schritte mitgeschleift. Die Verunglückte erlitt schwere innere Verletzungen. — Als der Kutscher Heinrich Horn gestern mit einem vollbesetzten Kohlenwagen an die Verlade-rampe des Rangierbahnhofes in Vojšovshan an-fahren wollte, stürzte der Wagen um und begrub den Kutscher. Horn erlitt schwere Verletzungen. — Bei den Regulierungsarbeiten der Moldau in Holscho-witz wurde gestern der 25jährige Anton Kadat von einem Feldbahnwagen überfahren und mußte ins Spital gebracht werden. — Der Kutscher Josef Hoflich aus Kosit fuhr gestern früh in Prag-Smichow mit einem schwerbeladenen Wagen durch die Trümpfgrasgasse zum Narodni dum. Neben ihm saß auf dem Kutschbock die Witwe Kulis aus Kosit. Plötzlich riß die Kette, mit der der Kutschbock am Wagen befestigt war. Die Kulis stürzte vom Wa-gen und kam so unglücklich zu liegen, daß der Wagen über sie hinwegfuhr. Sie erlitt einen Bruch der linken Hand, zwei Rippenbrüche und mehrere andere schwere Verletzungen.

Kleine Chronik.

Zur Geschichte der deutschen Mark.

Heute, da die deutsche Mark ihren Wert fast ganz eingebüßt hat und wir Zeugen ihres unheimlichen Zusammenbruchs sein müssen, ist es sicher nicht uninteressant, was Ernst Reimertz im „Hamburger Echo“ über die Ge-schichte und die Schicksale der Mark schreibt:

Die einst so stolze Münzeinheit des Deutschen Reiches ist infolge der traurigen Verhältnisse auf einen geringen Bruchteil ihres ehemaligen Wertes herabgesunken, sie hat ihre Rolle zu Ende gespielt und wird über kurz oder lang einem anderen Zah-lungsmittel weichen müssen. Die Mark kann auf eine bewegte Vergangenheit zurückblicken, sie war ursprünglich ein deutsches Münzgewicht, das aus dem alten römischen Ffund zu zwölf Unzen hervorging. Im Anfang benutzte man Rohmetallgeld (Rohsilber oder Silberbarren), das man abwog, als Zahlungsmittel. Damals erhielt das römische Ffund den Namen Mark (Marco). Es fand bei den Franken Eingang, wurde jedoch bald auf zwei Drittel seines ursprünglichen Betrages (acht Unzen oder 16 Loth) verringert. Um eine weitere Wertverminderung zu verhindern, drückte man den Gewichtsstücken ein Zei-chen, eine Marke, auf, woraus die Bezeichnung Mark entstand, die zuerst 1042 vorkommt. Man nahm als Norm ein halbes Pfund kölnisch Gewicht, das heißt 16 Loth, an. Die kölnische Mark hat bis in die Neuzeit hinein als Einheit des deutschen Münz-gewichtes gegolten. In Köln, der damals bedeutendsten deutschen Stadt, hieß seit Mitte des 11. Jahrhunderts die Hälfte eines Pfundes Mark, sie zerfiel in 12 Schillinge zu 12 Pfennigen. Am Ende des 12. Jahr-hunderts war das Münzpfund (240 Denare) bereits auf den Wert einer kölnischen Mark (144 Denare) ge-sunken. Für eine damalige Mark konnte man über-haupt 300mal so viel kaufen, wie für unsere Frei-denmark. Das älteste in Köln noch vorhandene

Exemplar der kölnischen Mark wiegt 233,8123 fran-zösische Gramm, das heißt 0,4676246 neue deutsche Münzpfund. In dieser Schwere führte man die Mark 1830 in Leipzig ein. Die preussische Maß- und Ge-wichtsordnung von 1816 setzte die Mark, die in den verschiedenen Ländern sehr verschieden an Gewicht war und zum Beispiel in Wien 280, in Krakau je-doch nur 200 Gramm wog, auf 233,8555 Gramm, das heißt ein halbes preussisches Handelspfund, fest. In diesem Betrage diente sie 1837 bis 1857 als Münzmark der zum Zollverein gehörenden Staaten. Sie zerfiel damals in 288 Gramm zu 16 preussischen As, wonach eine Mark = 4608 preussische As war. Bei der Unsicherheit der Münzverhältnisse vergangener Jahrhunderte mußte man schließlich das Geld wiegen; damals kam die Bezeichnung (ein Pfund Pfennige, ein Pfund Heller) für einen an Wert sehr ungleichen Münzbetrag in Aufnahme. Als das Pfund immer schwerer wurde, rechnete man nach Mark und im Kleinverehr nach Groschen, die man nach Schod zählt. Aber auch die Einheitlichkeit des Wertes der Mark ging bald verloren. Es gab rauhe, mittlere, feine, zernische, kölnische usw. Mark. Am Ausgang des Mittelalters suchte man eine neue Münzeinheit in dem aus Florenz stammenden Gul-den, der aber im Wert ebenfalls erheblich schwankte. Bis in das 17. Jahrhundert hinein galt die Mark in der Rheingegend als die gebräuchlichste Münze, sie zerfiel in 12 W.-pfennige, 144 Heller und 288 Pfennige. Noch um 1460 hatte die Mark einen Wert von 717,1551, jedoch nur noch von 380 Mark unseres vorzeitigen Geldes. Besondere Vertiefung erfuhr sich stets die kölnische Mark, als Gold- und Silbergewicht war sie in Bayern, Württemberg, Hannover, Braunschweig, Schaumburg-Lippe, Li-benburg, Holstein, Ravensburg, Bremen, Hamburg, Oesterreich, Liechtenstein usw. noch lange im Ge-brauch. Man unterschied je nach der Legierung feine, rauhe und löthig; Mark, das heißt solche, welche nicht ganz fein war, aber auch keine absichtlich bei-gegebenen Substanzen erhielt. Seit Einführung des neuen Pfundes von 500 Gramm als Münzgewicht auf Grund des Wiener Münzvertrages von 1857 in den dabei beteiligten deutschen Staaten hatte die Mark nur noch in den Hausstädten Geltung. Dem Münzwirrwarr in den verschiedenen deutschen Län-dern und Ländchen machte die Errichtung des deut-schen Reiches ein Ende, seitdem galt die Mark, die in 100 Pfennige zerfiel, als Geldeinheit.

Gerichtssaal.

Ein blaublütiger Betrüger.

Vor dem Wiener Landesgericht begann am Mittwoch der Prozeß gegen den Prinzen Alexander Hohenslohe-Oettingen, dessen Leben mit einer unabsehbaren Kette von Betrügereien ausge-füllt ist, so daß der Prozeß gegen ihn reichlich zu spät kommt. Der blaublütige Gewohnheits- und Professionsbetrüger hätte längst schon in den Kerker gehört. Die Anklageschrift berichtet nach der „Ar-beiter-Zeitung“ über diesen Prinzen folgendes: Der Prinz ist in Bayern geboren und nach Württemberg zugezogen. Er ist 52 Jahre alt. Als junger Mensch kam er in die deutsche Armee, machte betrügerische Schulden, wurde aber nicht eingesperrt. Die Familie bewog ihn damals, den Namen Prinz von Hohenslohe-Oettingen abzugeben und dafür den Namen Freiherr v. Gabelstein anzunehmen. Im Kriege ist er eingerückt, um zwar nach er Dienst im Hinterland. Im Jahre 1915 wurde die Anklage über ihn aufgehoben. Aber noch während des Krieges wurde von seiner Familie er-wirkt, daß Gabelstein wieder unter Anklage gesetzt wurde. Diese Anklage wurde vom Berliner Gericht verhängt und aus der Begründung ersieht man, welche Infamie in ihr steckt. Das Gericht erklärte nämlich, Hohenslohe habe, trotzdem er nichts verdiene und nichts besitze, Liebesverhältnisse, die viel Geld kosten, made daher überall Schulden, und zwar

Vater Goriot.

Von Honoré de Balzac.

„Gnädigste Kusine...“ sagte Eugen. „Wie?“ unterbrach die Gräfin und die Impertinenz des Blickes, den sie ihm zuwarf, ließ ihn zu Eis starren. Eugen versand den Sinn dieses Wie. Seit drei Stunden hatte er soviel dazugelernt, daß er auf seiner Hut war. „Frau Gräfin,“ sagte er errötend. Er zögerte einen Augenblick und fuhr dann fort: „Verzeihen Sie, ich habe soviel Protektion nötig, daß ein Hipsfelsen Verwandtschaft nichts verborden hätte.“ Frau von Beauséant hatte ein schmerzliches Lächeln, sie fühlte das Unglück, das sich von allen Seiten an sie herandrängte. „Wenn Sie die Lage kennen würden, in der sich meine Familie befindet,“ fuhr er fort, „so wären Sie gewiß bereit, die Rolle einer jener gütigen Feen zu übernehmen, die alle Hindernisse, die sich um ihre Schützlinge aufstürmen, zer-streuen.“ „Nun, Vetter,“ lachte sie, „wie kann ich Ihnen nützen?“ „Weiß ich's? Mit Ihnen durch ein verwandt-schaftliches Band, das sich im Dunkel verliert, verbunden zu sein, ist schon ein seltenes Glück-fall. Sie haben mich verwirrt, ich weiß nicht mehr, was ich Ihnen sagen wollte. Sie sind der einzige Mensch in Paris, den ich kenne. Ach, wenn ich Vertrauen zu Ihnen haben und Sie bitten dürfte, mich aufzunehmen wie ein ver-lorenes Kind, das sich an Ihre Kleider hängen möchte und bereit wäre, für Sie zu sterben?“ „Stönnten Sie jemand für mich töten?“ „Zwei, wenn es sein muß,“ sagte Eugen. „Kind, Sie sind ein Kind,“ antwortete sie,

ihre Tränen zurückdrängend: „Sie würden lieben, Sie wirklich!“ „Oh!“ sagte er nur und nickte betuernd. Durch seine Antwort hatte der Student die Gräfin für sich gewonnen. Der erste Posten in seiner Rechnung stimmte. Zwischen dem blauen Boudoir von Frau von Restaud und dem grauroten Salon von Frau von Beauséant lagen für ihn drei Jahre Studium des Pariser Rechtes, von dem nicht gesprochen wird, trotzdem es in der hohen sozialen Jurisprudenz eine Staffel bedeutet, die wohl angewendet, alle Erfolge in sich schließt. „Ich hab's,“ sagte Eugen. „Mir war Frau von Restaud auf Ihrem Ball aufgefallen, ich habe sie heute morgen besucht.“ „Sie haben sie sicherlich sehr gestört,“ lächelte Frau von Beauséant. „Ja, ich bin ein armer Narr, der die ganze Welt gegen sich einnehmen wird, wenn Sie ihm Ihre Hilfe verweigern. Ich glaube, es ist sehr schwer, in Paris einer jungen, schönen, reichen, eleganten Frau zu begegnen, die noch nicht besetzt ist, und ich muß eine finden, damit sie mir das beibringe, was allein Frauen lehren können: das Leben. Ueberall werde ich einem Herrn von Trailles begegnen. Ich komme zu Ihnen, um Sie um die Lösung eines Rätsels zu bitten, sagen Sie mir, welche Dummheit ich begangen habe. Ich sprach von einem Vater...“ „Die Herzogin von Langeais,“ meldete Jacques und unterbrach den Studenten, der eine jernige Gebärde nicht zu unterdrücken vermochte. „Wenn Sie Erfolg haben wollen,“ stülterte ihm die Gräfin zu, „so dürfen Sie Ihr Herz nicht so in der Hand tragen.“ „Oh, guten Tag, Liebste,“ begrüßte sie die Herzogin und drückte ihre Hände so zärtlich wie die einer Schwester. Die Herzogin erwiderte diese Zärtlichkeiten nicht minder herzlich.

„Die scheinen innig befreundet,“ sagte sich Rastignac. „Ich werde also mit einem Schläge zwei Beschüherinnen gewinnen, beide Frauen müssen die gleichen Liebhabereien haben, auch die andere wird sich für mich interessieren.“ „Welch glücklichem Zufall danke ich die Freude, Sie zu sehen, liebe Antoinette?“ fragte Frau von Beauséant. „Ich sah Herrn d'Abjuda-Pinto bei den Rochefides und glaubte Sie allein.“ Frau von Beauséant biß sich nicht auf die Lippen und wurde auch nicht rot, ihr Blick verriet nichts, ja ihre Stirn schien klarer zu werden, während die Herzogin diese verhängnisvollen Worte sprach. „Wenn ich gewußt hätte, daß Sie beschäftigt sind...“ fügte die Herzogin hinzu und wandte sich an Eugen. „Darf ich Ihnen Herrn Eugen Rastignac, einen meiner Vettern, vorstellen?“ sagte die Gräfin. „Wie geht es dem General Montriveau?“ fügte sie hinzu. „Sehr gut,“ erzählte er, „daß man ihn nicht mehr sahe. War er heute bei Ihnen?“ Der Herzogin, von der es hieß, daß sie von Herrn von Montriveau, in den sie leidenschaftlich verliebt war, verlassen sei, drang die bohaste Spitze dieser Frage bis ins Herz. Sie errödete und gab zur Antwort: „Gestern war er im Ghysée.“ „Dienstlich?“ fragte Frau von Beauséant. „Clara, Sie wissen sicherlich,“ entgegnete die Herzogin, und die Freude an ihrem bösfesten Tun sprühte ihr aus den Augen, „daß das Auf-gebot von Herrn d'Abjuda-Pinto und Fräulein von Rochefide morgen veröffentlicht werden wird?“ Dieser Schlag war zu heftig, die Gräfin wurde blaß und antwortete lächelnd: „Ein Gerücht, das den Dummsten Freude macht. Warum sollte d'Abjuda seinen Namen, einen der vornehmsten Portugals, zu den Rochef-

ides tragen? Die Rochefides sind Adel von gestern.“ „Aber Berta soll eine Rente von zweimal-hunderttausend Franken haben.“ „Herr d'Abjuda ist zu reich, um solche Rechenexempel zu machen.“ „Aber, meine Liebe, Fräulein von Rochefide ist bezauert.“ „Wirklich!“ „Jedenfalls ist er heute dort zu Tisch und der Ehekontrakt wird aufgesetzt. Es überrascht mich, daß Sie so wenig unterrichtet sind.“ „Welche Dummheit haben Sie denn begau-gen?“ wandte sich Frau von Beauséant an Rastignac. „Dieses arme Kind ist ein solcher Neuling in der Welt, daß es nichts von alledem versteht, was wir sagen, liebe Antoinette. Seien Sie gut zu ihm, über unsere Angelegenheit können wir morgen weiterprechen. Denn sehen Sie, morgen wird alles offiziell sein, und dann können Sie ge-troßt offiziös werden.“ Die Herzogin warf Eugen einen jener imp-ertinenten Blicke zu, die einen Mann von Kopf bis Fuß einwickeln, plattdrücken und auf den Nullzustand reduzieren. „Frau Gräfin, ohne es zu wissen, muß ich einen Dolch in Frau von Restauds Herz gestoßen haben. Ohne es zu wissen, das ist mein Verbrechen,“ sagte der Student, der schlau genug war, um all die beißenden Bemerkungen zu erfassen, die sich hinter den herzlichen Worten der beiden Frauen verbargen. „Sie wissen und fürchten die Menschen vielleicht, die um die Wunde, die sie Ihnen zufügen, wissen, während jener, der ver-lebt, ohne die Tiefe des Schmerzes, den er be-leidet, zu ahnen, als Narr gilt, als Tölpel, der keine Situation zu nützen versteht, und den daher jeder glaubt verachten zu dürfen.“ (Fortsetzung folgt.)



mit Berufung auf eine reiche Heirat, die aber nie zustande gekommen ist. Es ist also der reiche Betrag, wovon Gabelstein immer gelebt hat, doch die Strafe war, weil er ein Prinz war, bloß die Kautel. Anfang 1920 kam Prinz Alexander Hohenlohe nach Wien. Er ersahlt jetzt, er habe damals Arbeit gesucht, habe aber keine gefunden, weil er zu einer Arbeit unfähig und ein Trinker ist. Er bekam damals das Abschaffungsdekret. Man erlaubte ihm aber immer wieder, in Wien zu bleiben. Im Herbst 1921 machte Hohenlohe ein gutes Geschäft. Er verkaufte seinen Baronstitel für eine halbe Million und heiratete irgend jomanden. Im Herbst 1922 wollte er das Geschäft mit dem Namenverkauf wiederholen. Eine Rumänin wollte ebenfalls „Baronin Gabelstein“ werden und ließ den Lumpen nach Bukarest kommen. So leicht wie das erstemal war das Geschäft nicht zu machen, denn er war noch mit der ersten, der er seinen Namen verkauft hatte, verheiratet und es sollte vorerst diese Ehe getrennt werden. Die große Summe hätte er von der Rumänin natürlich erst bekommen, bis sie mit ihm „verheiratet“ gewesen wäre. Hohenlohe hatte aber das Geld, das er aus Rumänien mitgebracht hatte, bald verlor. Da er aber erzählen konnte, er habe eine „Braut“, suchte er auch diese „Braut“ für seine Verträge auszumühen.

Dazu verhalten ihm zwei Leute, Karl Kozisek und Ignaz Kallina. Kozisek war einmal Kriminalbeamter und ist wegen Mißbrauchs der Amtsgewalt verurteilt worden. Kallina war einmal Wehrmann und trug dann Hauptmannuniform. Diesen zwei Leuten erzählte Hohenlohe von der bevorstehenden Hochzeit und er bat sie, ihm ein Darlehen zu suchen. Aus der Bekanntheit erwuchs aber ein ganz anderes „Geschäft“: Ein Max Sod hatte in Steiermark das Recht, nach Kohlen zu graben. Er hatte aber kein Geld, um die Freischürfe auszumühen. Hohenlohe erklärte, er würde durch die Heirat mit der reichen Rumänin Gelegenheit haben, mit rumänischen Finanzkreisen bekannt zu werden und viel Geld zusammenzubringen, mit dem dann das Schürfrecht ausgemüht werden könnte. Sod erlitt durch diese Vorpiegelungen keinen Schaden, aber zwei abgebaute Militär-Offiziere, die Herren Eduard Sterzl und Franz Kreuzer, wurden ebenfalls eingeladen, sich an dem Geschäft der Ausmühung des Schürfrechts zu beteiligen. Sie glaubten den Erzählungen des Hohenlohe, die von Kozisek und Kallina bekräftigt wurden, und gaben schon Vorstufung auf den Gewinn, den sie einmal aus der Kohle ziehen werden. Kreuzer gab dem Prinzen zwanzig, Sterzl fünf Millionen. Um dieses Geld sind sie, da aus der Heirat nichts wurde, betrogen und wegen dieses Betruges wurde endlich Hohenlohe hinter Schloß und Riegel gefesselt; mit ihm wurden auch Kallina und Kozisek angeklagt. Wir werden über den Ausgang des Prozesses berichten.

**Sechzig Prozent Zinsen.**

Prag, 25. Oktober. Die Verhandlung gegen den Thronerben Wilhelm Smolla aus Pflbram, der von seinen Gläubigern bis sechzig Prozent Zinsen genommen hatte, und sich daher wegen Übertretung des Bucheractes verantworten mußte, wurde heute wegen Vorladung neuer Zeugen vertagt.

**Volkswirtschaft und Sozialpolitik.**  
**Lohnbewegung im nordböhmischem Baugewerbe.**

Der kommunistische Zentralverband der Bauarbeiter in Prag vereinbarte im Dezember v. J. mit dem Arbeitgeberverband für das nordböhmischem Baugewerbe eine 20prozentige Lohnherabsetzung. Der deutsche Bauarbeiterverband hatte diese ungenehmigte Herabsetzung der Löhne abgelehnt. Rechtzeitig stellten sich die Kommunisten ein und in wenigen Stunden war der Wunsch der Unternehmer erfüllt. Die 100prozentigen Revolutionäre priesen den Abschluß dieses Vertrages als einen Erfolg und redeten den Bauarbeitern ein, daß ja im Laufe des Jahres alle Bedarfsartikel so viel billiger werden würden, daß der herabgesetzte Lohn vollständig entsprechen würde. Den Führern des kommunistischen Verbandes Tetenta, Gamppe und Konforten sekundierte bei diesen Lobesjahren die kommunistische Presse, insbesondere der Reichsdenker „Vorwärts“, auf das lebhafteste. Daß es dabei ohne den satigsten Lügen nicht abging, verleiht sich von selbst. So behaupteten die Kommunisten, der Vertrag habe bis 31. Dezember l. J. Geltung, die Löhne seien bis zu diesem Tage gesichert. Diese Behauptung ist eine Lüge. Im Vertrag steht ausdrücklich, daß die Lohnsätze in der Zeit vom 15. Oktober einer Revision zu unterziehen sind. Die Löhne waren deshalb nur bis zu diesem Tage vertraglich vereinbart. Je näher nun der 15. Oktober kam, desto unruhiger wurden die Kommunisten. Das Lügengewebe war in Gefahr, zerplatzt zu werden. Der kommunistische Sekretär Gamppe aus Kuffig zog von Ort zu Ort und verhandelte, daß nun die Bauarbeiter bald eine neuerliche Lohnherabsetzung werden erdulden müssen. Herr Tetenta kam in höchst eigener Person nach Zwettau in eine Kommunistenkonferenz, um das gleiche zu verkünden. Diese Lebhaftheit machte auf jedermann den Eindruck, als ob sich die Kommunisten im Vorjahr den Unternehmern zu dem neuen Lohnabbau verpflichtet hätten. Diese Annahme wird, durch das Geschäft, welches die Kommunisten jetzt in Versammlungen und ihrer Hoch- und Parteipresse erheben, bekräftigt. Der Deutsche Bauarbeiterverband hat in einer am 3. d. M. stattgefundenen Lohnverhandlung mit den Arbeitgeberbündel die Löhne bis 31. Jänner 1924 stabilisiert und vereinbart, daß spätestens im Jänner 1924 die Verhandlungen über den neuen Vertrag statzufinden haben. Darüber sind die Kommunisten nun wütend. Ihr Schwärzen kann nicht anders gebreut werden, als daß sie es nicht begreifen können, daß ihnen der Deutsche Bauarbeiterverband die Möglich-

keit genommen hat, neuerlich die Löhne der Arbeiter herabzusetzen. Besonders wild ist der Sekretär Gamppe aus Kuffig. Am 18. d. M. war er in Reichenberg in einer Bauarbeiterversammlung. Gamppe hätte vor wenigen Männlein und Weiblein sein Lichtlein leuchten lassen müssen, wenn nicht ein Teil der Besucher vom Deutschen Bauarbeiterverband gestellt worden wäre. In gewohnter Weise ließ Gamppe seine Schmutzwollen los. Berraat war das höflichste und bescheidenste Wort, das Gamppe gebrauchte. Der seine Leistungsfähigkeit in der Befudlung aller Richtkommunisten kennt, wird annähernd ermessen können, mit welchem Gleich Gamppe auch in dieser Versammlung arbeitete. Der Reichsdenker „Vorwärts“ berichtete am 23. d. M. über diese Versammlung. Er ist diesmal sehr bescheiden. Der „Vorwärts“ kann auch schweigmäßig sein. Verschämt wird berichtet, daß durch eine formelle Ungeheuerlichkeit des Vorsitzenden die Versammlung ein etwas unschönes Ende nahm. Der „Vorwärts“ verschweigt, daß bei den Lohnverhandlungen, die der Deutsche Bauarbeiterverband führte, auch zwei stramme Kommunisten, die aber als ehrliche Arbeiter die kommunistische Wählbarkeit verurteilten, teilnahmen. Einer der beiden, Breuer, nahm sich nun heraus, in der Versammlung Gamppe entgegenzutreten und diesen sein die Arbeiterarbeit schädigendes Treiben vorzuhalten. Darob natürlich große Entrüstung. Der große Hampel mußte Gamppe zu Hilfe kommen. Breuer wurde der Dinauswurf aus der kommunistischen Partei angedroht. Die revolutionären Reden von Gamppe und Hampel wurden von ihren eigenen Anhängern nicht ohne Widerspruch hingenommen. Bis endlich das etwas unschöne Ende der Versammlung kam und die Besucher säumend das Lokal verließen. Auch im Vorwärtsbericht wird Breuer gedroht, daß er sich wegen seines Verhaltens noch an anderer Stelle wird verantworten haben. Die Wahrheit wird von den kommunistischen Parteibögen eben nicht geduldet. Entweder muß Breuer in der Karlsplatz Bude tun, oder er fliegt trotz seiner kommunistischen Überzeugung aus der Partei. Es wäre dies ja nicht der erste Fall. Vor einigen Monaten wurde der Bauarbeitersekretär Scholze aus der kommunistischen Partei hinausgeworfen, ebenfalls nur deshalb, weil er sich erlaubte, die Wahrheit zu sagen und eine eigene Meinung zu haben. Es ist ja möglich, daß die Herren aus der Karlsplatz Bude mit Breuer etwas gnädiger verfahren. Die Kommunisten müssen mit dem Dinauswerfen jetzt schon etwas sparsamer umgehen. Sie dulden schon viele räudige Schafe, denn es will trotz allem Geschrei Abend werden. Man wird Breuer wohl vor das Behngericht schleppen, aber den Ausschluß nicht wagen. An dem Vorfall ist neuerlich zu erkennen, daß ein überzeugter Gewerkschafter nicht Kommunist sein kann. Kommunistisch orientierte Gewerkschafter, die nicht blindlings den Perestrojebefehlen ihrer Partei nachkommen, werden aus derselben hinausgeworfen.

**Deutschlands wertbeständiges Geld.** Die deutsche Reichsregierung hat soeben eine Verordnung erlassen, gemäß der in der allernächsten Zeit bereits wertbeständiges Geld auch in kleineren Werten herausgegeben wird, und zwar werden Stücke der Goldanleihe zu einem, zwei und fünf Dollar noch in dieser Woche in größerer Zahl zur Verfügung stehen. Ab Ende dieser Woche werden täglich etwa für acht Millionen Goldmark Goldanleihestücke hergestellt werden. Ebenso hat bereits der Druck von Scheinen der Goldanleihe begonnen, die über ein Fünftel, ein Viertel und einen halben Dollar lauten werden. Industrielle Werke, die eine für wertbeständiges Geld geeignete Sicherheit bieten können, dürfen wertbeständiges Geld ausgeben, damit ein Teil des Lohnes wertbeständig gezahlt werden kann. Die Arbeiten für den Druck der Rentenmarkscheine erleiden durch die geschiderten Maßnahmen keine Unterbrechungen, sondern werden mit der gleichen eifriger Beschleunigung wie bisher fortgeführt.

**Der polnische Eisenbahnerstreik.** Aus Krakau, 4. Oktober, meldet das Tschechoslowakische Preßbüro: Mit Hilfe der militärischen Eisenbahntruppen wurden heute vom Krakauer Bahnhofe zehn Personenzüge abgefertigt. Heute nachmittags ist auch in Pettau der Eisenbahnerstreik ausgebrochen. Der Zugverkehr Krakau-Warschau ist dadurch stillgelegt.

**Die Arbeitslosigkeit in Großbritannien.** Die Zahl der vollkommen arbeitslosen Personen in Großbritannien bezifferte sich nach dem Ausweise vom 15. Oktober auf 1.233.900, d. i. um 2372 mehr als in der vorhergegangenen Woche und um 231.978 weniger als am 1. Jänner d. J.

**Je länger die Arbeit, um so häufiger die Erkrankungen.** Von der englischen Kommission zur Erforschung der gewerblichen Ermüdung wurde folgender Zusammenhang festgestellt: In den Fabriken, in denen wöchentlich 63 1/2 Stunden gearbeitet wurde, betrug der Verlust an Arbeitszeit durch Krankheitsfälle 7 Prozent; in Betrieben, in denen die 50-Stundenwoche eingeführt wurde, gingen nur 4 Prozent der Arbeitszeit durch Erkrankungen verloren. Diese Tatsachen sprechen klar genug.

**Devilenturie.**

Die tschechliche Krone notiert in:

Paris	16.58.75
Berlin	1880.000.000.00
Wien	2103.00

**Prager Kurze am 25. Oktober.**

	Geld	Ware
100 holl. Gulden	1864.75	1868.75
100 Wieneren Mark	4.80	5.10
100 belg. Franken	174.75	178.25
100 schweiz. Franken	821.75	827.25
1 Pfund Sterling	155.75.00	157.25.00
100 Lire	158.87.50	158.37.50
1 Dollar	4.50.00	34.90.00
100 franz. Franken	214.75.00	208.25.00
100 Dinar	40.25.00	40.75.00
10.000 mognar. Kronen	17.75.00	10.75.00
10.000 poln. Mark	17.25	18.75
10.000 österr. Kronen	4.05.00	5.13.00

**Prager Schlusstaxe am 25. Oktober.**

	Gold	Ware
Paris	32.55.00	32.65.00
London	25.20.00	25.24.00
Berlin	0.07.00	0.00.00
Katland	24.95.00	25.05.00
Holland	218.1.0.00	218.50.00
Wien	0.00.78.50	0.00.79.00
Budapest	0.12.50	0.03.00
Prag	16.55.00	16.62.50
New York	5.80.75	5.81.75
Belgrad	6.50.00	6.72.50
Barichau	0.00.00.00	0.00.00.00

**Literatur.**

Das neue tschechisch-deutsche und deutsch-tschechische Wörterbuch mit Grammatik für: Schul-, Kanzlei- und praktischen Bedarf, welches Herr Fr. A. Kratoch, Direktor des Gymnasiums in Leitomischl, zusammengestellt hat, kann jedermann empfohlen werden. Es wird als praktischer Helfer in der Schule und in der Kanzlei wegen der Vollständigkeit, Reichhaltigkeit der lexikalischen Fassung, wegen seiner Handlichkeit und des billigen Preises gute Dienste leisten. Für Verfügungen aller Endungen und Deklinationen ist vorgesorgt worden. Von besonderem Werte ist die als Ergänzung des Wortes beigelegte deutsche und tschechische Grammatik, welche trotz der kurzen Fassung eigene Fachbücher ersetzt. Der Reichtum der tschechischen und deutschen Sprache wird annähernd erschöpft, wie auch die wichtigsten technischen und sonstigen Fachausdrücke auf den 1800 Seiten des Taschenlexikons ihren Raum finden. Der Preis des Wörterbuchs beträgt in Ganzleinenband mit Golddruck auf gutem Papier und mit deutschem Druck 20 K., erschienen ist das empfehlenswerte Werk im Verlage von J. Soosel, Prag II., Spalena 38.

**Kunst und Wissen.**

„Salome“ von Richard Strauß. Dieses Musikdrama mit seiner an aufregenden Gipfelpunkten der Leidenschaft so reichen und wie eine einzige Symphonie der Ekstase und Glut dahinströmenden Musik wirkt immer wieder mit der gleichen dramatischen Wucht auf den Hörer. Im Raffinement der Behandlung des Orchesters als dramatischen Ausdrucksmittels zeigt sich Strauß in der „Salome“ als gegenwärtig noch nicht übertroffener Meister. Das Hauptergebnis unserer letzten „Salome“-Neueinstudierung läßt sich in die erfreuliche Feststellung zusammenfassen, daß wir nun auch für diese Straußoper ein erstklassiges eigenes Ensemble besitzen, das uns sogar die Gewähr gibt, auch Strauß' epochales Bühnenwerk „Elektra“ ständig in den Spielplan aufnehmen zu können. Denn Frau Hussa hat mit ihrer „Salome“ bewiesen, daß sie eine prädestinierte Darstellerin dieser Wilde-Strauß'schen Hysterikerin ist, die der arbeitswahnhaften „Elektra“ sicher in der gleichen Weise gerecht zu werden vermag. Frau Hussas „Salome“, die bei aller verwehnten leidenschaftlichen Ekstase doch immer maßvoll bleibt, steht schaffstlichen Ekstase doch immer maßvoll bleibt, steht den Musterbildern einer Sardan, Gutsch-Schoder und Kemp nicht nach, und zwar weder darstellerisch noch gesanglich; auch die berühmte Tanzszene wirkt in der planmäßig gesteigerten Gliederung Frau Hussas überzeugend und natürlich. Als ausgezeichnet erweist sich der „Herodes“ des Herrn Strauß, der, stimmlich glänzend disponiert und in der Charakteristik der Rolle Verfolgungswahn und königliches Schicksal gleich deutlich zur Schau tragend, die stärksten Eindrücke hinterläßt. Eine ganz hervorragende Leistung war auch der „Jochanaan“ des Herrn Schwarz, stimmlich von überströmender Tonpracht. Auch die übrigen Neubestellungen erwiesen sich als glücklich: Herr Eisenberg (Narraboth), Frau Hoffmann-Lippe (Herodias), Fr. Franz (Paga) und Herr Grebe (erster Soldat). Alles in allem jedenfalls ein genutzreicher Spornabend, dem Zemlin'sky's temperamentvolle musikalische Leistung die entsprechende Stimmung und Farbe gab. —ek.

Eine Symphonie teilweise verschwunden. Das „Prager Tagblatt“ meldet, daß ein Teil des Originalmanuskripts einer neuen „Christlichen Symphonie“ Alexander Zemlin'sky's bei der Postbeförderung von Berlin nach Wien (als rekommandierte Sendung) spurlos verschwunden gegangen ist. Es handelt sich um den ganzen mittleren wichtigen Teil der Symphonie, von der es keine Abschrift gibt, so daß der Komponist — die für 23. Oktober im Wiener Kon-

**Wo vertehren wir?**

- Café Continental, <sup>1000</sup> Prag-Graben
- Goldenes Kreuzel, <sup>1000</sup> Prag-Nejzanta.
- Gastwirtschaft Deutsches Vereinshaus <sup>1000</sup> Prag, Smetky 22 (Urania).

Gastwirtschaft „Lidový dům“ der Genossenschaft „Ganymed“ <sup>1000</sup> Täglich in PRAG II., Hybernská Nr. 7.

Café „Nizza“ <sup>1001</sup> Kgl. Weinberge, Jungmannstraße 27. Unser Stammlokal.

zerthaus anberaumte Uraufführung der Symphonie mußte abgefast werden — an Hand lediglich einer vorhandenen Skizze den verlorenen Symphoniesatz umarbeiten oder neu arbeiten muß.

**Aus der Partei.**

Bezirkskonferenz Pilschan. Die am letzten Sonntag stattgefundenen Bezirkskonferenz in Pilschan beschäftigte sich vornehmlich mit den nächsten Aufgaben der Partei und ihrer Organisationen und mit dem Programm der Bildungsarbeit für den kommenden Winter. Nach Erstattung der Berichte wurde eine Reihe von Anträgen der Bezirkssekretäre einstimmig angenommen. Nach diesen Anträgen sollen die Agitationsgebiete Pilschan, Tepl und Ludy in die Bezirksorganisation Pilschan zusammengefast, das Agitationsgebiet Suchau soll aus der Bezirksorganisation Pilschan ausgeschieden und Schritte zur Herausgabe eines Wochen- oder Halbwochenblattes für die Landagitation unternommen werden. Am Parteitag nach Kuffig werden die Genossen Rohm und Jörl, Ier und ein Vertreter der Gewerkschaft der Eisenbahner delegiert. Nach einer lebhaften Debatte wurde die Gründung einer Ortsgruppe der Kleinbauern und Häusler in Trofau und eine Intervention betreffs des Fahrplanes der Bahnstrecke Karlsbad-Marienbad angesetzt und die Anregung dem Bezirksvertrauensmann Genossen Rohm zur Erledigung zugewiesen. Hieraus wurde die arbeitsreich verlaufene Konferenz geschlossen.

Bezirkskonferenz Kuffig-Land. Sonntag, den 11. November um halb 9 Uhr vormittags findet im „Volkshaus“ Kuffig die ganzjährige Bezirkskonferenz mit folgender Tagesordnung statt: Bericht. Die politische Situation (Referent: Abg. Genosse Bente), Organisation und Presse (Referent: Genosse Bedlino), Parteitag, Neuwahlen und Verschiedenes.

**Mitteilungen aus dem Biblium.**

**OSRAM NITRA**

Sehschärfe und Sehgeschwindigkeit werden erhöht durch ausgiebige Beleuchtung.

OSRAM muß auf der Glasglocke stehen

Herausgeber: Dr. Ludwig Czoch und Karl Cermak. Druck: Deutsche Zeitungs-Druckerei, Prag. Verantwortlicher Redakteur: Dr. Emil Strauß. Für den Druck verantwortlich: C. Holth.

Verlangen Sie **Palma**

Kautschukabsatz- und Sohle von Ihrem Schuhmachermeister — Billiger als Leder. — Schonem Nerven, Füße & Schuhe.

**Bio-Programm** vom 26. Oktober bis 1. November.

**SANSSOUCI** Die Ankunft des Herrn Präsidenten Masaryk in Paris. <sup>1000</sup> Premiere! <sup>1000</sup> Premiere! Der Mann ohne Herz. Filmspiel nach dem bekannten Roman des A. Klei in 6 Tellen. — In der Hauptrolle Lotte Neumann Bronislawa Lina, Karl Lamas, Luigi Serventi. **Kriminalisten.** Ein vorzügliches amerikanisches Lustspiel.